

JAHRES- ABSCHLUSS

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

Aktiva	31.12.2015 TEUR	31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	13.309	10.057.908
2. geleistete Anzahlungen	0	880.966
	13.309	10.938.874
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	210.326	207.042.586
2. technische Anlagen und Maschinen	56.521	53.481.104
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	114.302	113.286.264
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	50.442	96.565.049
	431.591	470.375.003
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	388.661	384.649.284
2. Beteiligungen	13.334	9.707.361
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	69.461	72.632.798
	471.456	466.989.443
	916.356	948.303.320
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	4.956	4.816.526
2. Waren	9.710	8.133.129
	14.666	12.949.656
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	182.286	171.665.595
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	35.583	26.755.090
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	485	274.434
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 9.275.687; Vorjahr TEUR 8.411	46.646	45.515.976
	265.000	244.211.096
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	279.760	261.527.875
	559.427	518.688.627
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32.497	35.220.114
D. Aktive latente Steuern	0	79.741.188
	1.508.279	1.581.953.249

	31.12.2015 TEUR	31.12.2016 EUR
Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Grundkapital	337.763	337.763.190
II. Kapitalrücklagen		
1. gebundene	12.237	12.236.810
2. nicht gebundene	78.763	78.763.190
	91.000	91.000.000
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	10.917	10.916.985
	45.917	45.916.985
IV. Bilanzgewinn	132.968	236.835.189
davon Gewinnvortrag: EUR 1.240.238,09; Vorjahr: TEUR 36.892		
	607.648	711.515.364
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	93.721	100.595.253
2. Steuerrückstellungen		
a) Rückstellungen für laufende Steuern	13.446	4.698.119
b) Rückstellungen für latente Steuern	3.639	0
3. sonstige Rückstellungen	479.243	450.092.864
	590.048	555.386.236
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.750	0
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 6.750		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	51	53.091
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 53.091; Vorjahr: TEUR 51		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130.730	145.411.784
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 145.411.784; Vorjahr: TEUR 130.730		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	42.913	47.993.075
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 47.993.075; Vorjahr: TEUR 42.913		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.321	557.253
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 557.253; Vorjahr: TEUR 1.321		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0; Vorjahr: TEUR 0		
6. sonstige Verbindlichkeiten	108.425	102.244.382
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 81.612.028; Vorjahr: TEUR 93.377		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 20.632.355; Vorjahr: TEUR 15.049		
davon aus Steuern: EUR 31.189.104; Vorjahr: TEUR 40.448		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 22.560.717; Vorjahr: TEUR 21.302		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 275.627.231; Vorjahr: TEUR 275.142	290.191	296.259.586
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 20.632.355; Vorjahr: TEUR 15.049		
D. Rechnungsabgrenzungsposten	20.392	18.792.062
	1.508.279	1.581.953.249
Haftungsverhältnisse	6.338	3.718.036

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

	2015 TEUR	2016 EUR
1. Umsatzerlöse	1.756.804	1.746.112.276
2. aktivierte Eigenleistungen	567	1.170.008
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.435	8.272.967
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.403	4.595.539
c) übrige	35.508	11.286.707
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen		
a) Materialaufwand	-53.476	-45.045.037
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-275.511	-294.784.923
5. Personalaufwand		
a) Gehälter	-714.351	-702.637.048
b) soziale Aufwendungen	-244.388	-250.398.447
ba) Aufwendungen für Altersversorgung	-194	-208.918
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-37.571	-53.316.634
bc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-198.828	-189.057.153
bd) Sonstige Sozialaufwendungen	-7.796	-7.815.742
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs. 2 UGB: EUR 0; Vorjahr: TEUR 0	-59.875	-56.000.680
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-6.809	-6.656.517
b) übrige	-232.192	-227.067.704
8. Zwischensumme aus Z 1 bis 7 (Betriebsergebnis)	213.115	188.847.140
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 18.992.000; Vorjahr: TEUR 26.769	27.347	19.735.966
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0; Vorjahr: TEUR 99	1.067	2.503.942
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 138.432; Vorjahr: TEUR 442	5.946	1.362.058
12. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0; Vorjahr: TEUR 677	684	0
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen davon Abschreibungen: EUR 29.966.496; Vorjahr: TEUR 156.465 davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 24.205.747; Vorjahr: TEUR 156.465	-156.728	-30.081.587
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 3.807; Vorjahr: TEUR 16	-4.039	-4.149.555
15. Zwischensumme aus Z 9 bis 14 (Finanzergebnis)	-125.724	-10.629.176
16. Ergebnis vor Steuern	87.391	178.217.964
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag		
a) laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-46.342	-26.003.196
b) latente Steuern vom Einkommen und Ertrag	123	83.380.183
18. Ergebnis nach Steuern	41.171	235.594.951
19. Jahresüberschuss	41.171	235.594.951
20. Auflösung von Kapitalrücklagen	39.537	0
21. Auflösung von Gewinnrücklagen	15.368	0
22. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	36.892	1.240.238
23. Bilanzgewinn	132.968	236.835.189

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Angaben	143
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	144
2.1	Allgemeine Angaben	144
2.2	Anlagevermögen	149
2.3	Umlaufvermögen	149
2.4	Aktive latente Steuern	146
2.5	Rückstellungen	146
2.6	Verbindlichkeiten	148
2.7	Umsatzsteuer	148
3.	Erläuterungen zur Bilanz	149
3.1	Anlagevermögen	149
3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	151
3.3	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	152
3.4	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	152
3.5	Aktive latente Steuern	152
3.6	Eigenkapital	152
3.7	Rückstellungen	153
3.8	Verbindlichkeiten	154
3.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	154
3.10	Haftungsverhältnisse	154
3.11	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	154
3.12	Aktienbasierte Vergütungsprogramme	154
4.	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	157
4.1	Umsatzerlöse	157
4.2	Sonstige betriebliche Erträge	157
4.3	Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	157
4.4	Personalaufwand	157
4.5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	158
4.6	Erträge aus Beteiligungen	159
4.7	Aufwendungen aus Finanzanlagen	159
4.8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	159
4.9	Steuern vom Einkommen und Ertrag	159
5.	Sonstige Angaben	160
5.1	Angaben zu nahestehenden Personen	160
5.2	Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	160
5.3	Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	160

1. Allgemeine Angaben

Die Österreichische Post AG ist der landesweit führende Logistik- und Postdienstleister. Zu den Hauptgeschäftsbereichen zählen die Beförderung von Briefen, Werbesendungen, Printmedien und Paketen. Das Filialnetz der Österreichischen Post AG zählt zu den größten Privatkundennetzen des Landes und bietet seinen Kunden in ganz Österreich hochwertige Produkte und Services in den Bereichen Post, Bank und Telekommunikation. Durch die flächendeckende und zuverlässige Versorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen liefert das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Absicherung der Kommunikations- und Logistikinfrastruktur des Landes.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet Haidingergasse 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien zu FN 180219d eingetragen. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 221 UGB.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs.1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.

Auf Grund des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 (RÄG 2014) wurde die Form der Darstellung des Jahresabschlusses im Vergleich zum Vorjahr in mehreren Punkten angepasst. Dies betrifft folgende Punkte:

- Die un versteuerten Rücklagen werden nach Abzug der Rückstellungen für latente Steuern in das Eigenkapital umgegliedert.
- Aufgrund der Neudefinition der Umsatzerlöse werden Erlöse von den sonstigen Erlösen in die Umsatzerlöse umgegliedert. Die diesbezüglichen Forderungen werden von den sonstigen Forderungen in die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die korrespondierenden Aufwendungen von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu den Aufwendungen für bezogene Leistungen umgegliedert.
- Die Darstellung des Anlagenspiegels wurde geändert.

Die Vorjahresbeträge wurden an die neue Gliederung angepasst.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, erstellt.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren. Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Alle Beträge, sofern nicht anders angeführt, sind in tausend Euro (TEUR) angegeben. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Die bisherigen angewandten Bewertungsmethoden wurden mit Ausnahme der Änderungen auf Grund der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 beibehalten.

Die Änderungen auf Grund der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 betreffen insbesondere:

- Zuschreibungen werden nunmehr generell bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung bzw. bei einer Wertaufholung vorgenommen, wobei auf maximal jenen Wert zugeschrieben wird, der sich unter Berücksichtigung einer durchgängigen Normalabschreibung als Restbuchwert ergibt.
- Die latenten Steuern werden gemäß den geänderten gesetzlichen Bestimmungen aktiviert.
- Rückstellungen werden nunmehr mit dem Erfüllungsbetrag erfasst. Die sonstigen langfristigen Rückstellungen wurden mit einem Zinssatz von 1,59% - 3,04% abgezinst.

Diese Änderungen resultierten aufgrund von Umwertungen zu Beginn des Geschäftsjahres zu folgenden Auswirkungen auf den Jahresabschluss für das laufende Geschäftsjahr (vor latenten Steuern):

TEUR	Umwertung gesamt	Auswirkung Periodenergebnis
Auswirkungen Gewinn- und Verlustrechnung		
Abschreibungen		
Nachholung Zuschreibungen davon abgegrenzt 0 TEUR	4.092	4.092
Sonstige betriebliche Erträge		
Rückgang langfristige Rückstellungen aufgrund der Abzinsung davon abgegrenzt 0 TEUR	375	375
Steuern vom Einkommen und Ertrag		
Aktivierung latente Steuern davon abgegrenzt 0 TEUR	100.412	100.412
	104.879	104.879



TEUR	Umwertung gesamt	Auswirkung Eigenkapital
Auswirkungen Bilanz		
Sachanlagen		
Nachholung Zuschreibungen davon abgegrenzt 0 TEUR	4.092	4.092
Sonstige Rückstellungen		
Rückgang langfristige Rückstellungen aufgrund der Abzinsung davon abgegrenzt 0 TEUR	375	375
Aktive latente Steuern		
Aktivierung latente Steuern	100.412	100.412
Passive latente Steuern aus un versteuerten Rücklagen	-3.639	-3.639
Summe davon abgegrenzt 0 TEUR	96.773	96.773
	101.240	101.240

2.2 Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt. Zuschreibungen werden bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung bzw. bei einer Wertaufholung vorgenommen, wobei auf maximal jenen Wert zugeschrieben wird, der sich unter Berücksichtigung einer durchgängigen Normalabschreibung als Restbuchwert ergibt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3-10	10-33
Gebäude	10-50	2-10
Technische Anlagen und Maschinen	8-10	10-12,5
Fuhrpark	4-8	12,5-25
EDV- und technische Ausstattung	3-5	20-33,3
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5-20	5-20

Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten kleiner als EUR 400 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Zeitwert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Bei Beteiligungen wird der beizulegende Wert auf Basis einer Unternehmensbewertung ermittelt. Es werden hierfür die erwarteten künftigen Cashflows mithilfe der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung eines durchschnittlichen Kapitalkostensatzes (Weighted Average Cost of Capital) auf ihren Barwert abgezinst.

2.3 Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit werden, wenn nötig, vom Bestandswert entsprechende Abschläge (bis zu 100%) vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken, der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird. Zur Berücksichtigung allgemeiner Ausfallrisiken bestehen pauschal ermittelte Wertberichtigungen. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisengeldkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postgeschäft werden großteils in Euro bzw. Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.

2.4 Aktive latente Steuern

Für Unterschiede zwischen unternehmensrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei Vermögensgegenständen, Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, werden latente Steuern angesetzt. Führen diese Unterschiede in Zukunft zu einer Steuerentlastung werden aktive latente Steuern in der Bilanz ausgewiesen. Ergibt sich aus den Unterschieden insgesamt eine Steuerbelastung wird eine Rückstellung für passive latente Steuern gebildet.

2.5 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Rückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IAS 19) berechnet. Die Bewertung erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 60 bis 65 Jahren für weibliche und von 65 Jahren für männliche Angestellte unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Für Beamte wurde mangels Anspruch keine Abfertigungsrückstellung gebildet.

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2015	2016
Rechnungszinssatz	2,50%	1,75%
Gehaltssteigerung	3,00%	3,00%
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	0,33% - 1,72%	0,26% - 1,89%

Für Dienstnehmer, deren Dienstverhältnis nach dem 31. Dezember 2002 begonnen hat, werden die Abfertigungsverpflichtungen durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten.

Für Verpflichtungen zur Zahlung von **Jubiläumsgeldern** wird eine Rückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method).

Folgende Parameter wurden der Berechnung zu Grunde gelegt:

	2015	2016
Rechnungszinssatz	2,25%	1,50%
Gehaltssteigerung	3,00%	3,00%
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	6,86% - 27,10%	6,86% - 30,34%

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des bestmöglich geschätzten Erfüllungsbetrages gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit einem marktüblichen Zinssatz (0,75% - 3,04%) abgezinst. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für noch nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, Verpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Rückstellungen für Unterauslastung werden für künftige Personalaufwendungen von unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter) gebildet, die im Rahmen des laufenden postinternen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können. Diese Dienstverhältnisse führen zu drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften, da bei diesen keine Ausgewogenheit der Leistungsbeziehung besteht. Die Berechnung des Rückstellungsbetrags erfolgt als Barwert der bis zur Pensionierung der jeweiligen Mitarbeiter anfallenden Aufwendungen unter Ansatz eines einheitlichen durchschnittlichen Unterauslastungsgrades sowie eines Fluktuationsabschlags. Sofern unkündbare Mitarbeiter mangels Einsatzmöglichkeit im Unternehmen zu nicht kostendeckenden Konditionen an externe Unternehmen verleast werden, erfolgt die Ermittlung der Rückstellung unter Ansatz der prozentuellen Kostenunterdeckung. Sämtliche Parameter werden laufend evaluiert und an sich ändernde Verhältnisse angepasst.

Für beamtete Mitarbeiter, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden, werden für noch zu erbringende Leistungen Vorsorgen gebildet. Die Ermittlung der Rückstellung erfolgt als Barwert der noch zu erbringenden Leistungen für den Zeitraum der erwarteten durchschnittlichen Verfahrensdauern.

Die Rückstellung für Unterauslastung enthält weiters Vorsorgen für Mitarbeiter, die sich im Programm zum möglichen Ressortwechsel in verschiedene Bundesministerien befinden. Im Oktober 2013 wurde eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit dem Bund zum möglichen Ressortwechsel von Post-Mitarbeitern in verschiedene Bundesministerien abgeschlossen. Dabei werden Ansprüche für Mitarbeiter, die einem Wechsel bereits zugestimmt haben, für einen bestimmten festgelegten Zeitraum übernommen und entsprechend rückgestellt.

Der Barwert der einzelnen Rückstellungen wird unter Ansatz eines Abzinsungssatzes und der erwarteten Gehaltssteigerung ermittelt.

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Rückstellungen zu Grunde gelegt:

	2015	2016
Rechnungszinssatz	1,25% - 2,00%	0,75% - 1,25%
Gehaltssteigerung	2,75% - 3,50%	2,75% - 3,25%
Fluktuationsabschlag	31,70%	31,40%
Unterauslastungsgrad	85,60%	85,70%

Die Änderung der Parameter führte zu einem negativen Bewertungseffekt von TEUR 9.010, der in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Personalaufwendungen erfasst wurde.

Anrechnung von Vordienstzeiten für beamtete Mitarbeiter

Mit Entscheidung vom 11. November 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach Vorlage durch den österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) festgestellt, dass die im Jahr 2010 gesetzlich festgelegte Methodik zur Beseitigung der Altersdiskriminierungen im Gehaltssystem der Bundesbediensteten dem Unionsrecht widerspricht. Nachdem die Thematik der Anrechnung von Vordienstzeiten nicht nur die der Österreichischen Post AG zugeteilten Beamten sondern alle Beamten des Bundes betraf, hat der österreichische Nationalrat reagiert und bereits mit 21. Jänner 2015 eine umfassende Reform des Besoldungssystems des Bundes vorgenommen. Mit dieser Reform wurde der Hauptkritikpunkt des EuGH aufgegriffen und umfassend beseitigt. Diese Besoldungsreform wurde selbstverständlich auch für die bei der Österreichischen Post AG beschäftigten Beamten umgesetzt.

Ende 2016 hat der Gesetzgeber – aufgrund einer Erledigung des Bundesverwaltungsgerichtes im Jahr 2016 – im Besoldungsrechtsanpassungsgesetz (BGBl. I Nr. 104/2016) noch einmal eindeutig und unmissverständlich klargestellt, dass das neue Besoldungsschema auch rückwirkend anzuwenden ist. Für den Fall, dass es zu einer Neueinstufung eines Beamten in Zeiträume vor der Überleitung in das neue Besoldungsschema kommt, wurde eine eindeutige Neuregelung der Anrechnungszeiten auf das Besoldungsdienstalter festgeschrieben, sodass kein Spielraum mehr für weitere Verfahren betreffend „Vorrückungsstichtag“ gegeben ist.

Demnach ist eine Notwendigkeit für eine bilanzielle Vorsorge aus dem Thema „Vorrückungsstichtag“ nicht mehr gegeben, sodass die seit 2014 bestehende Rückstellung zum 31. Dezember 2016 aufgelöst wurde.

2.6 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.

2.7 Umsatzsteuer

Umfang der Umsatzsteuerbefreiung

In der Europäischen Union stellen die Postdienste ein wesentliches Instrument für Kommunikation und Informationsaustausch dar und spielen eine grundlegende Rolle im Rahmen der Zielsetzungen des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in der Union. Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen Universaldienst sicherzustellen, der ständig flächendeckend postalische Dienstleistungen einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen für alle Nutzer bietet.

Aus diesem Grund sind gemäß Artikel 132 der EU-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (2006/112/EG) dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (und somit auch von öffentlichen Posteinrichtungen ausgeführten Dienstleistungen) steuerfrei. Das Urteil des EuGH (C-357/07) konkretisiert den Begriff „öffentliche Posteinrichtungen“ und schränkt die Umsatzsteuerbefreiung auf Leistungen ein, die ein Betreiber von Universaldienstleistungen als solcher ausführt.

Durch die Verpflichtung diese Regelungen in die nationale Rechtslage zu übernehmen, wurde im österreichischen Umsatzsteuergesetz mit Wirkung 1. Jänner 2011 festgeschrieben, dass nur mehr Universaldienstleistungen (v.a. Briefe bis 2 kg und Pakete bis 10 kg) eines Universaldienstbetreibers umsatzsteuerfrei sind (§ 6 Abs 1 Z 10 lit b UStG). Vom Universaldienst ausdrücklich ausgenommen und daher auch von der oben genannten Umsatzsteuerbefreiung sind jedoch Postsendungen, die bei Verteilzentren aufgeliefert werden. Dies gilt auch für Leistungen, deren Bedingungen individuell ausgehandelt worden sind.

Pro-rata-Satz

Der Leistungsumfang der Österreichischen Post AG umfasst Produkte und Dienstleistungen, die gemäß Umsatzsteuergesetz (UStG) sowohl steuerfrei (v.a. Universaldienstleistungen sowie die Vermittlung von Bankdienstleistungen) als auch steuerpflichtig (restliche Produkte) behandelt werden. Können Aufwendungen nicht exakt einem Umsatz zugeordnet werden, so kommt beim Vorsteuerabzug der sogenannte Pro-rata-Satz zur Anwendung. Dieser stellt die Relation der steuerpflichtigen Umsätze zu den gesamten Umsätzen dar und betrug im Geschäftsjahr 2016 52,23% (2015: 49,83%).

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Abschreibung des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage 1) dargestellt.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichischen Post AG ein Grundwert von TEUR 76.612 (31.12.2015: TEUR 76.711) enthalten.

Das Finanzanlagevermögen wurde in Höhe von TEUR 29.967 (2015: TEUR 156.465) außerplanmäßig abgeschrieben:

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Beteiligung an der Post 104 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 11.692 (2015: TEUR 0) sowie die Beteiligung an der Post 206 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 8.330 (2015: TEUR 0) außerplanmäßig abgeschrieben. Außerdem wurde die Beteiligung an der Post 202 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 1.215 (2015: TEUR 0) und die Beteiligung an der Systemlogistik Distribution GmbH in Höhe von TEUR 2.970 (2015: TEUR 1.449) außerplanmäßig abgeschrieben. Des Weiteren wurde bei der ADELHEID GmbH eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von TEUR 5.761 (2015: TEUR 0) erfasst.

Der Buchwert der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente beträgt TEUR 60.421 (31.12.2015: TEUR 57.249); der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 60.603 (31.12.2015: TEUR 56.742).



Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Österreichischen Post AG

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil	Eigenkapital	Jahres-
	zum 31.12.2016 %	zum 31.12.2016 TEUR	ergebnis 2016 TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen			
feibra GmbH, Wien**)	100	11.226	10.603
Medien.Zustell GmbH, Wien**)	100	1.791	708
Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & CO OG, Wien***)	100	20.748	-79
Aktionsfinder GmbH, Salzburg	100	-896	-619
Post & Co Vermietungs OG, Wien***)	100	131.092	4.633
Post 001 Finanzierungs GmbH, Wien	100	27.812	28
Post 102 Beteiligungs GmbH, Wien	100	5.009	34
Post 104 Beteiligungs GmbH, Wien	100	23.662	-4.879
Post 106 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	-8.896	-96
Post 107 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	3.520	2.190
Post 108 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	29	-6
Post 202 Beteiligungs GmbH, Wien	100	-1.553	-824
Post 206 Beteiligungs GmbH, Wien	100	45.137	-8.602
Post 207 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	53.240	3.587
Post 301 Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	9.384	-8
Post Immobilien GmbH, Wien**)	100	947	43
Post.Wertlogistik GmbH, Wien	100	3.828	99
EMD - Elektronische- u. Mikrofilm- Dokumentationssysteme Ges.m.b.H., Haid	100	1.471	287
Systemlogistik Distribution GmbH, Wien**)	100	700	-821
Beteiligungen			
ADELHEID GmbH, Berlin	33,67	29.640	-24
media.at GmbH, Wien *)	20,45	4.192	3.637
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50	390	1
ACL advanced commerce labs GmbH	30	1.274	887
sendhybrid ÖPBD GmbH	26	-220	-403

*) Jahresabschluss zum 30.06.2016

**) Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

***) Österreichische Post AG als unbeschränkt haftende Gesellschafterin beteiligt

Im Geschäftsjahr 2016 wurden weitere 20% der Anteile an der Aktionsfinder GmbH um TEUR 155 erworben, somit wurde der Anteil auf 100% erhöht. Außerdem wurden in 2016 eine 26%-Beteiligung um TEUR 52 an der sendhybrid ÖPBD GmbH und eine 30%-Beteiligung an der ACL advanced commercial labs GmbH um TEUR 1.932 erworben. Der ACL advanced commercial labs GmbH wurde ein Zuschuss in Höhe von TEUR 150 gewährt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Gesellschaft Post 108 Beteiligungs GmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von TEUR 35 gegründet. Weiters erfolgte die Gründung der Gesellschaft Post 207 Beteiligungs GmbH mit einem Stammkapital von TEUR 35.

Der Gesellschaft Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & CO OG wurden im Geschäftsjahr 2016 Zuschüsse in Höhe von TEUR 6.000 gewährt. Weiters wurden Zuschüsse an die Post 206 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 3.210, die Post 301 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 6.827, die Post 001 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 8.019 sowie die Post 202 Beteiligungs GmbH in Höhe von TEUR 1.183 gewährt.

Die Gesellschaften Post 101 Beteiligungs GmbH, Post 103 Beteiligungs GmbH, Post 105 Beteiligungs GmbH, Post 201 Beteiligungs GmbH, Post 203 Beteiligungs GmbH und Post 205 Beteiligungs GmbH wurden im Geschäftsjahr 2016 auf die Österreichische Post AG verschmolzen. Aufgrund der Verschmelzungen erlangte die

Österreichische Post AG Anteile an der Post 102 Beteiligungs GmbH, der Post 104 Beteiligungs GmbH, der Post 106 Beteiligungs GmbH, der Post 202 Beteiligungs GmbH sowie der Post 206 Beteiligungs GmbH.

Weiters wurde die Post 207 Beteiligungs GmbH als Tochtergesellschaft der Österreichische Post AG gegründet. Im Anschluss wurden die Beteiligungen an der Post 204 Beteiligungs GmbH mittels Abspaltung an die Post 207 Beteiligungs GmbH übertragen. In weiterer Folge wurde die Gesellschaft Post 204 Beteiligungs GmbH auf die Post 206 Beteiligungs GmbH verschmolzen.

Der Buchwert der mittelbar gehaltenen Anteile an der BAWAG P.S.K beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 8.000.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	182.286	171.666
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	35.583	26.755
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	485	274
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	46.646	45.516
	265.000	244.211

Zum Jahresende wurden pauschal ermittelte Wertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 850 (31.12.2015: TEUR 938) vorgenommen. Die Ermittlung der pauschalen Wertberichtigungen wird im mehrjährigen Rhythmus an den tatsächlichen Schadensverlauf angepasst.

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.673 (31.12.2015: TEUR 4.102) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 22.082 (31.12.2015: TEUR 31.481) enthalten. Die sonstigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen mit TEUR 1.233 (31.12.2015: TEUR 2.271) auf Steuerumlagen, mit TEUR 18.992 (31.12.2015: TEUR 26.839) auf Gewinnausschüttungen und Ergebnisüberrechnungen sowie mit TEUR 1.856 (31.12.2015: TEUR 2.371) auf sonstige Verrechnungen und Finanzierungen.

In den sonstigen Forderungen in Höhe von TEUR 45.516 (31.12.2015: TEUR 46.646) sind gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten in Höhe von TEUR 28.174 enthalten. Die Österreichische Post AG bzw. ihre Rechtsvorgängerin haben im Zeitraum 1. Mai 1996 bis 31. Mai 2008 für die ihnen zugewiesenen Beamten Beiträge aus der Gehaltsabrechnung abgeführt. Aufgrund eines VwGH-Erkenntnisses des Jahres 2015 bestand dafür jedoch keine gesetzliche Verpflichtung. Daraus resultierend wurden der Österreichischen Post AG im Geschäftsjahr 2015 Beiträge für die Jahre 1997 bis 2001 in Höhe von TEUR 28.174 vom Bundesfinanzgericht gutgeschrieben, die in den sonstigen Forderungen ausgewiesen werden. Im Gegenzug bestehen für die Österreichischen Post AG Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen, die sich auf Basis einer bestmöglichen Schätzung auf TEUR 5.174 belaufen werden und in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die sonstigen Forderungen beinhalten Erträge in Höhe von TEUR 15.879 (31.12.2015: TEUR 28.989), die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Guthaben bei Kreditinstituten	17.584	83.475
Termingelder	260.000	175.000
Kassenbestände	2.176	3.053
	279.760	261.528

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Aktive Rechnungsabgrenzung Personal	15.526	15.561
Mietzinsvorauszahlungen	1.711	1.596
Sonstige Vorauszahlungen	15.259	18.064
	32.497	35.220

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen für Personal betreffen vorausbezahlte Bezüge an beamtete Mitarbeiter. In den sonstigen Vorauszahlungen sind TEUR 6.849 (31.12.2015: TEUR 6.604) auf vorausbezahlte Versicherungsprämien enthalten.

3.5 Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des aktuellen Körperschaftsteuersatzes von 25% gebildet. Die latenten Steuern stammen aus Bewertungsunterschieden in der Österreichischen Post AG sowie in den Personengesellschaften Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & Co OG und in der Post & Co Vermietungs OG.

TEUR	01.01.2016	31.12.2016	Veränderung
Aktive latente Steuern insgesamt	96.773	79.741	-17.032
davon aus steuerlichen Teilwertabschreibungen	66.337	51.422	-14.915
davon aus Rückstellungen	27.157	26.684	-473
davon aus sonstigen temporären Differenzen	3.279	1.635	-1.644

3.6 Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt TEUR 337.763. Es ist in 67,6 Mio auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien geteilt. Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG ist mit einem Anteil von 52,85% die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH, Wien.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15. April 2015 wurde der Vorstand der Österreichischen Post AG zur Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals ermächtigt und die Satzung der Österreichischen Post AG wurde entsprechend angepasst. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates kann das Grundkapital somit während einer Geltungsdauer von fünf Jahren bis 14. April 2020 im Ausmaß von bis zu EUR 33.776.320 durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neuen auf Inhaber lautenden Stückaktien erhöht werden. Weiters wurde in der Hauptversammlung die bedingte Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um bis zu EUR 16.888.160 zur Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien an Gläubiger von Finanzinstrumenten sowie zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Österreichischen Post AG oder eines verbundenen Unternehmens beschlossen.

Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, ab 15. April 2015 während einer Geltungsdauer von 30 Monaten eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben.

Für das Geschäftsjahr 2016 ist gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands eine Ausschüttung von insgesamt 135,1 Mio EUR (Basisdividende von 2,00 EUR je Aktie) (2015: 131,7 Mio EUR, Basisdividende von 1,95 EUR je Aktie) vorgesehen.



3.7 Rückstellungen

TEUR	1.1.	Um- gründung	Um- gliederung	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	31.12.
Abfertigungen	93.721	0	0	9.414	39	16.328	100.595
Laufende Steuern	13.446	9	0	3.760	9.860	4.864	4.698
Latente Steuern	3.639	0	-3.281	358	0	0	0
Steuern	17.085	9	-3.281	4.118	9.860	4.864	4.698
Jubiläumsgelder	89.009	0	0	4.474	4.844	11.753	91.444
Noch nicht konsumierte Urlaube	32.272	0	0	32.272	0	31.065	31.065
Unterauslastung	183.160	0	-6.169	22.741	13.792	27.129	167.588
Sonstige Personalrückstellungen	97.295	0	0	63.722	11.725	67.574	89.422
Ausstehende Eingangrechnungen	28.515	0	0	24.906	3.071	20.984	21.522
Übrige sonstige	48.991	0	0	8.374	2.185	10.619	49.051
Sonstige Rückstellungen	479.243	0	-6.169	156.489	35.617	169.124	450.093
Rückstellungen gesamt	590.048	9	-9.450	170.021	45.516	190.316	555.386

In den Vorjahren wurde in der Entwicklung der Rückstellung für Unterauslastung Neubildung und Auflösung gesondert dargestellt. Diese Werte ergaben sich aus einer Betrachtung auf Mitarbeitererebene. Nunmehr erfolgt für jene Teile der Rückstellung, die unter Verwendung eines durchschnittlichen Unterauslastungsgrades bzw. durchschnittlichen Fluktuationsabschlages ermittelt werden, eine saldierte Betrachtung von Neubildung und Auflösung. Diese Darstellung der Entwicklung entspricht der Systematik der Berechnung der Rückstellung.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 werden sämtliche Körperschaftsteuervorauszahlungen sowie Körperschaftsteuer-rückstellungen in der Position Rückstellungen für laufende Steuern ausgewiesen. Die Vorjahresbeträge wurden entsprechend angepasst.

Die Umgliederung in Höhe von TEUR 6.169 (2015: TEUR 7.822) betrifft die Rückstellung für Ressortwechsel (vgl. 2.5). Nach der endgültigen Übernahme von Mitarbeitern durch ein Bundesministerium werden die gebildeten Vorsorgen in die Verbindlichkeiten umgegliedert.

Die sonstigen Personalrückstellungen enthalten im Wesentlichen Vorsorgen für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien in Höhe von TEUR 51.811 (2015: TEUR 55.151), Vorsorgen für Leistungen an Mitarbeiter, die das Unternehmen verlassen (Überbrückungsmodell gemäß Sozialplan sowie Programme mit freiwilligen Abfertigungsangeboten) in Höhe von TEUR 26.238 (2015: TEUR 25.694) sowie Rückstellungen für Restrukturierungen in Höhe von TEUR 9.602 (2015: TEUR 8.131).

Die übrigen sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen eine Vorsorge für Verpflichtungen aus Abgaben und Beiträge in Höhe von TEUR 22.727 (2015: TEUR 27.897), Vorsorgen für Prozess- und Prüfungskosten sowie für Schadensfälle. Weiters sind in den übrigen sonstigen Rückstellungen Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von TEUR 5.174 enthalten. Weiterführende Informationen sind im Kapitel 3.2 enthalten.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 30.880 (2015: TEUR 41.117) im Personalaufwand verrechnet.



3.8 Verbindlichkeiten

TEUR	31.12.2015		31.12.2016	
	über 5 Jahre	Gesamt	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	6.750	0	0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	51	0	53
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	130.730	0	145.412
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	42.913	0	47.993
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.321	0	557
Sonstige Verbindlichkeiten	1.074	108.425	300	102.244
	1.074	290.191	300	296.260

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.880 (31.12.2015: TEUR 4.728) und mit TEUR 43.113 (31.12.2015: TEUR 38.185) aus sonstigen Verrechnungen und Finanzierungen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 31.189 (31.12.2015: TEUR 40.448), Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von TEUR 22.561 (31.12.2015: TEUR 21.302) sowie übrige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 48.494 (31.12.2015: TEUR 47.334). Die übrigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten für Altersteilzeitmodelle in Höhe von TEUR 16.094 (31.12.2015: TEUR 9.181) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern in Höhe von TEUR 13.559 (31.12.2015: TEUR 18.574).

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 54.224 (31.12.2015: TEUR 63.058) und sonstige Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.219 (31.12.2015: TEUR 13.181) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Erhaltene Vorauszahlungen für noch nicht erbrachte Zustelleistungen	15.752	16.155
Mietzinsvorauszahlungen	4.130	2.065
Sonstige erhaltene Vorauszahlungen	510	572
	20.392	18.792

3.10 Haftungsverhältnisse

Die Österreichische Post AG hat Haftungen aus Patronatserklärungen in Höhe von TEUR 3.457 (aushaftender Betrag am 31.12.2016: TEUR 3.457) für City Express d.o.o., Belgrad übernommen.

3.11 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	46.123	46.079
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	9.800	9.788
in den folgenden fünf Jahren	219.303	219.213
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	49.001	48.940

3.12 Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Im Jahr 2009 hat der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG die Einführung eines aktienbasierten Vergütungsprogrammes genehmigt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2016 wurden jeweils entsprechende Vergütungsprogramme für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte realisiert (sogenannte Long-Term-Incentive-Programme). Bei diesen Programmen handelt es sich um ein aktienbasiertes und performanceorientiertes

Entlohnungsmodell, dessen Tranchen sich über eine dreijährige Laufzeit (Performancezeitraum) erstrecken und ein einmaliges Eigeninvestment als grundsätzliche Teilnahmebedingung vorsehen. Der Performancezeitraum erstreckt sich jeweils vom 1. Jänner des Jahres der Auflage der jeweiligen Tranche bis zum 31. Dezember des drittfolgenden Jahres.

Von den Vorstandsmitgliedern nehmen zum 31. Dezember 2016 die Herren Dipl.-Ing. Dr. Georg Pözl, Dipl.-Ing. Walter Hitziger, Dipl.-Ing. Peter Umundum und Dipl.-Ing. Walter Oblin an den Vergütungsprogrammen fünf bis sieben teil.

Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehaltes dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen.

Zum 31. Dezember 2016 sind für die Teilnahme am aktienbasierten Vergütungsprogramm von den Mitgliedern des Vorstands und den leitenden Angestellten folgende Eigeninvestments zu halten. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments sind in Höhe des Maximalwerts der für die einzelnen Tranchen notwendigen Eigeninvestments zu halten.

	Eigeninvestment Tranche 5 (LTIP 2014 - 2016)	Eigeninvestment Tranche 6 (LTIP 2015 - 2017)	Eigeninvestment Tranche 7 (LTIP 2016 - 2018)
in Stück Aktien			
Georg Pözl	13.286	13.140	13.672
Walter Oblin	5.979	5.963	6.836
Walter Hitziger	7.972	7.227	7.520
Peter Umundum	5.979	5.963	6.678
leitende Angestellte	139.065	150.078	157.306

Daher betragen die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments zum 31. Dezember 2016 für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 35.158 Aktien (31.12.2015: 38.871). Für die teilnehmenden Führungskräfte betragen diese 181.631 Aktien (31.12.2015: 185.389). Das Eigeninvestment ist jeweils bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten.

Die Entlohnung erfolgt auf Basis von sogenannten Bonusaktien als rechnerische Größe und hängt vom Ausmaß der Zielerreichung der definierten Performance Indikatoren (Earnings per Share, Free Cashflow und Total Shareholder Return) ab. Die Zielgrößen für die Performance Indikatoren werden jeweils zu Beginn der einzelnen Tranchen festgelegt, wobei die einzelnen Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Performancezeitraum ermittelt. Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung der Aktie der Österreichischen Post AG. Die Gesamtbonifikation der Mitglieder des Vorstands sowie der teilnehmenden Führungskräfte ist begrenzt. Vorstände haben eine Obergrenze von 225% jener Bonifikation, die bei 100% Gesamtzielerreichung vorgesehen ist. Führungskräfte haben je nach Tranche eine Obergrenze zwischen 100% und 130% bei maximaler Zielerreichung, jedoch maximal in Höhe des individuellen Jahresbruttofixgehalts.

Die aktuell erwartete Anzahl der Bonusaktien (rechnerische Größe) verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

	31.12.2015	31.12.2016
Anzahl Bonusaktien je Tranche		
Tranche 4	371.419	0
Tranche 5	229.001	207.620
Tranche 6	113.674	106.817
Tranche 7	0	143.751
	714.094	458.188

Die Auszahlung der Bonusaktien kann entweder in Form von Aktien der Österreichischen Post AG oder in bar erfolgen. Nachdem der Vorstand für sich einheitlich die Ausschüttung der Bonifikation in bar gewählt hat und für die Führungskräfte die Auszahlung der Bonifikation in bar beschlossen wurde, besteht gegenwärtig keine Verpflichtung zum Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten.



Die erwarteten Aufwendungen aus dem aktienbasierten Vergütungsprogramm sind über den Performancezeitraum in Form einer Rückstellung zu verteilen. Die Höhe der Rückstellung wird zu jedem Bilanzstichtag mittels eines Modells ermittelt, in welchem die Performance Indikatoren und der bisherige Anteil des Performancezeitraums berücksichtigt werden. Sämtliche Änderungen der Rückstellung werden ergebniswirksam unter den Personalaufwendungen erfasst.

Der Stand der Rückstellung verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

TEUR	31.12.2015	31.12.2016
Stand der Rückstellung		
Tranche 4	12.004	0
Tranche 5	6.832	9.588
Tranche 6	1.337	2.579
Tranche 7	0	1.651
	20.173	13.818

Der in der jeweiligen Berichtsperiode erfasste Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

TEUR	2015	2016
Gesamtaufwand		
Tranche 3	399	0
Tranche 4	4.238	-59
Tranche 5	3.510	2.756
Tranche 6	1.337	1.242
Tranche 7	0	1.651
	9.484	5.590

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte eine Auszahlung für die Tranche 4 in Höhe von TEUR 11.945 zur Gänze in bar.

Die für die Auszahlung notwendigen Eigeninvestments betragen:

in Stück Aktien	Eigeninvestment Tranche 4 (LTIP 2013 - 2015)
Georg Pölzl	15.548
Walter Oblin	6.997
Walter Hitziger	9.329
Peter Umundum	6.997
leitende Angestellte	135.422



4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

Die divisionale Organisationsstruktur der Österreichischen Post AG unterscheidet zwischen den Divisionen „Brief, Werbepost & Filialen“, „Paket & Logistik“ sowie „Corporate“.

TEUR	2015	2016
Brief, Werbepost & Filialen	1.407.883	1.387.254
Paket & Logistik	309.956	320.118
Corporate	38.966	38.740
	1.756.804	1.746.112

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	2015	2016
Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	3.435	8.273
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.403	4.596
Abgeltungen von Schadensfällen	1.702	2.452
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	452	2.410
Weiterverrechnete Aufwendungen	2.417	1.796
Übrige	30.936	4.629
	42.345	24.155

In den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen waren im Vorjahr gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung von Beamten in Höhe von TEUR 28.174 enthalten. Weiterführende Informationen sind im Kapitel 3.2 enthalten.

4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	2015	2016
Materialaufwand	53.476	45.045
Aufwendungen für bezogene Leistungen	275.511	294.785
	328.987	339.830

4.4 Personalaufwand

TEUR	2015	2016
a) Gehälter	714.351	702.637
b) soziale Aufwendungen		
ba) Aufwendungen für Altersversorgung	194	209
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	37.571	53.317
bc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	198.828	189.057
bd) Sonstige Sozialaufwendungen	7.796	7.816
	958.739	953.035

Im Geschäftsjahr 2016 sind im Posten Gehälter Aufwendungen für Rückstellungen für Jubiläumsgelder in Höhe von TEUR 577 enthalten. Im Vorjahr ergaben sich Erträge in Höhe von TEUR 2.035.

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind im Geschäftsjahr 2016 Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von TEUR 2.902 (2015: TEUR 2.683) enthalten.



Um eine bessere Darstellung der Ertragslage zu gewährleisten wird der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellung in Höhe von TEUR 4.016 (2015: TEUR 3.667) im Finanzergebnis ausgewiesen. Der Vorjahresbetrag wurde an die neue Darstellung angepasst.

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Altersversorgung setzen sich wie folgt zusammen:

TEUR	2015	2016
Vorstände	562	267
Leitende Angestellte	80	136
Andere Arbeitnehmer	37.122	53.122
	37.764	53.526

An die Vorstandsmitglieder wurden folgende Bezüge im Geschäftsjahr 2016 gewährt:

TEUR	2015	2016
Bezüge aktive Vorstandsmitglieder	6.688	6.878
Bezüge ehemalige Vorstandsmitglieder	360	0
	7.048	6.878

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten Vergütungen in Höhe von TEUR 397 (2015: TEUR 164).

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr:

	2015	2016
Beamte	8.140	7.733
Angestellte	11.327	11.173
Summe	19.467	18.906
Entsprechende Vollzeitäquivalente	17.983	17.448

4.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

TEUR	2015	2016
Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	6.809	6.657
Übrige	232.192	227.068
	239.001	233.724

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	2015	2016
Miet- und Pacht aufwendungen	51.512	51.136
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	35.871	41.514
EDV-Dienstleistungsaufwand	34.988	33.743
Reiseaufwand	23.249	23.024
Kommunikation und Werbung	18.265	15.069
Personalbereitstellung	8.201	10.971
Beratungsaufwand	13.220	9.579
Entsorgung und Reinigung	9.913	8.784
Versicherungsaufwand	5.014	5.083
Aus- und Fortbildung	2.877	2.909
Telefonaufwand	2.156	2.127
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	863	1.320
Sonstige	26.063	21.808
	232.192	227.068

In der Position Sonstige sind im Vorjahr Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von TEUR 5.174 enthalten. Weiterführende Informationen sind im Kapitel 3.2 enthalten.

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen an den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.



4.6 Erträge aus Beteiligungen

TEUR	2015	2016
Gewinnausschüttungen	24.777	15.331
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	2.569	4.405
	27.347	19.736

4.7 Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	2015	2016
Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	263	115
Abschreibungen auf Beteiligungen	156.465	29.966
	156.728	30.082

Die Abschreibungen auf Beteiligungen im Vorjahr betreffen im Wesentlichen die außerplanmäßige Abschreibung der trans-o-flex Gruppe. Die wesentlichen Inhalte der Abschreibungen auf Beteiligungen des Geschäftsjahres 2016 werden in Kapitel 3.1 erläutert.

4.8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ist der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellung in Höhe von TEUR 4.016 (2015: TEUR 3.667) enthalten.

4.9 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Österreichische Post AG als Gruppenträgerin bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder der Österreichischen Post AG zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zuweisung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung der Gruppenträgerin durch die Verrechnung positiver und negativer Steuerumlagen in Höhe von 25% des steuerlichen Ergebnisses (Stand-alone-Methode).

TEUR	2015	2016
Körperschaftsteueraufwand Unternehmensgruppe gesamt	49.708	38.172
davon Österreichische Post AG als Gruppenträger	45.575	35.789
davon Gruppenmitglieder (Saldo der Steuerumlagen)	4.133	2.383

Der Posten Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhaltet Ertragsteuern aus Vorperioden in Höhe von TEUR 9.789.

5. Sonstige Angaben

5.1 Angaben zu nahestehenden Personen

Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen fanden im Geschäftsjahr nur zu fremdüblichen Bedingungen statt.

5.2 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

5.3 Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Vorstand

GD Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl Vorsitzender des Vorstands

Dipl.-Ing. Walter Oblin

Dipl.-Ing. Walter Hitziger

Dipl.-Ing. Peter Umundum

Aufsichtsrat

Dr. Edith Hlawati Vorsitzende des Aufsichtsrats

Mag. Edeltraud Stiftinger Stellvertreterin der Vorsitzenden des Aufsichtsrats

Dr. Erich Hampel

Dr.-Ing. Peter Kruse

Chris E. Muntwyler

Mag. Markus Pichler

Prof. Elisabeth Stadler

Dr. Herta Stockbauer

Vom Betriebsrat entsandt:

Helmut Köstinger

Martin Palensky

Andreas Schieder

Manfred Wiedner

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl e.h.
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin e.h.
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger e.h.
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum e.h.
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2016

TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten							Kumulierte Abschreibungen							Nettobuchwerte		
	Stand		Zugänge		Abgänge			Stand		Zugänge			Abgänge		Stand	Buchwert	Buchwert
	1.1.	Zugänge	Umgrün- dungen	Umbu- chungen	Abgänge	Umgrün- dungen	31.12.	1.1.	Zugänge	Umgrün- dungen	Zuschrei- bungen	Abgänge	Umgrün- dungen	31.12.	1.1.	31.12.	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																	
Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte	57.834	1.460	0	-116	-712	0	58.467	-44.526	-4.258	0	0	375	0	-48.409	13.309	10.058	
geleistete Anzahlungen	0	765	0	116	0	0	881	0	0	0	0	0	0	0	0	881	
	57.834	2.225	0	0	-712	0	59.348	-44.526	-4.258	0	0	375	0	-48.409	13.309	10.939	
II. Sachanlagen																	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	645.570	5.913	0	541	-3.724	0	648.300	-435.243	-13.175	0	4.092	3.070	0	-441.257	210.326	207.043	
technische Anlagen und Maschinen	129.584	4.777	0	1.788	-1.264	0	134.884	-73.063	-9.604	0	0	1.264	0	-81.403	56.521	53.481	
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	269.122	24.520	0	4.802	-25.244	0	273.200	-154.819	-28.964	0	0	23.869	0	-159.914	114.302	113.286	
geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	50.442	53.254	0	-7.131	0	0	96.565	0	0	0	0	0	0	0	50.442	96.565	
	1.094.717	88.465	0	0	-30.233	0	1.152.948	-663.126	-51.742	0	4.092	28.203	0	-682.573	431.591	470.375	
III. Finanzanlagen																	
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.407.128	25.364	677.351	0	-5.000	-650.319	1.454.524	-1.018.467	-24.206	-460.688	0	0	433.485	-1.069.875	388.661	384.649	
Beteiligungen	13.334	2.134	0	0	0	0	15.468	0	-5.761	0	0	0	0	-5.761	13.334	9.707	
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	69.461	6.000	0	0	-2.828	0	72.633	0	0	0	0	0	0	0	69.461	72.633	
	1.489.923	33.498	677.351	0	-7.828	-650.319	1.542.625	-1.018.467	-29.966	-460.688	0	0	433.485	-1.075.636	471.456	466.989	
Gesamt	2.642.473	124.188	677.351	0	-38.773	-650.319	2.754.921	-1.726.118	-85.967	-460.688	4.092	28.578	433.485	-1.806.618	916.356	948.303	

LAGEBERICHT

LAGEBERICHT 2016

DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG

NACH § 243 UGB

Inhaltsverzeichnis

1.	Umfeld und Rahmenbedingungen	165
1.1	Wirtschaftliches Umfeld	165
1.2	Branchenumfeld	165
1.3	Rechtliche Rahmenbedingungen	166
1.4	Struktur des Unternehmens	166
2.	Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage	167
2.1	Umsatzentwicklung	167
2.2	Ergebnisentwicklung	168
2.3	Vermögens- und Finanzlage	169
2.4	Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen	172
3.	Mitarbeiter	172
3.1	Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsförderung	172
3.2	Aus- und Weiterbildung	172
3.3	Vielfalt und Chancengleichheit	173
4.	Umwelt	173
5.	Forschung und Entwicklung/Innovationsmanagement	174
6.	Kunden	175
6.1	Zustellqualität	175
6.2	Kundenzufriedenheit	175
6.3	Versorgungssicherheit	176
7.	Chancen und Risiken	177
7.1	Risikomanagementsystem bei allgemeinen Risiken	177
7.2	Risikomanagementsystem bei finanziellen Risiken	178
7.3	Top Risiken	178
7.4	Finanzielle Risiken	179
7.5	Allgemeine und sonstige Risiken	180
7.6	Gesamtaussage zur Risikosituation	183
7.7	Wesentliche Chancen	183
8.	Weitere rechtliche Angaben	184
8.1	Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	184
8.2	Informationen gemäß § 243a UGB	186
9.	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick	188

1. Umfeld und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Der Internationale Währungsfonds (IWF) errechnet für das Jahr 2016 ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,1%, im Vergleich zu 3,2% im Vorjahr. Für 2017 und 2018 wird mit einem Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,4% und 3,6% gerechnet (IWF, Jänner 2017).

In Europa wird angesichts der sich verlangsamenden Wirtschaftsleistung der wichtigsten Handelspartner und der nachlassenden Wirkung bisheriger Wachstumsimpulse ein weiter verhaltenes Wirtschaftswachstum erwartet. Nach einem Zuwachs von 2,0% im Jahr 2015 errechnet der IWF für den Euroraum ein Wachstum von 1,7% im Jahr 2016. Für die Jahre 2017 und 2018 geht der IWF von jeweils 1,6% aus. (IWF, Jänner 2017).

Die Wirtschaft in Österreich wuchs laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Jahr 2016 um 1,5%, nach 1,0% im Vorjahr. Die starke Konsumnachfrage sowie die Ausweitung der Investitionen stützten das Wachstum, während der Außenbeitrag das Ergebnis minderte. Die Industriekonjunktur beschleunigte sich zuletzt deutlich. Gemäß WIFO wird erwartet, dass sich der bereits 2016 einsetzende konjunkturelle Aufwind auch 2017 fortsetzen wird. Für das Bruttoinlandsprodukt 2017 wird daher ebenfalls mit einem Wachstum von 1,5% gerechnet (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Dezember 2016).

1.2 Branchenumfeld

Neben dem konjunkturellen Umfeld wird die Geschäftsentwicklung der Österreichischen Post AG vor allem von folgenden internationalen Trends beeinflusst, die Risiken, aber auch Chancen mit sich bringen.

Im Briefbereich hält die elektronische Substitution des klassischen Briefs weiterhin an. Dieser globale Trend betrifft alle Postgesellschaften und ist im Kern wenig beeinflussbar. Insbesondere Kunden aus dem öffentlichen Sektor, aber auch jene aus dem Banken- und Versicherungsbereich, versuchen ihr Sendungsvolumen zu reduzieren, sodass die Österreichische Post AG weiterhin mit kontinuierlichen Rückgängen von ca. 5% pro Jahr rechnet. Das Geschäft mit Werbesendungen hingegen hängt stark von der Intensität der Werbeaktivitäten von Unternehmen ab. Der Markt für adressierte und unadressierte Werbesendungen zeigt dabei eine differenzierte Volumenentwicklung. Während einige Kundensegmente etwa durch zunehmende Aktivitäten von Online-Händlern unter Druck stehen, verzeichnen andere Segmente Zuwächse. Aktuelle Studien zeigen, dass neben Online-Werbung in Zukunft auch Multi-Channel-Kommunikation und Dialogmarketing tendenziell an Bedeutung gewinnen dürften.

Die Paketmengen im privaten Bereich steigen dank der ständig zunehmenden Bedeutung des Online-Shopping weiter stark an. Gleichzeitig jedoch nimmt hier auch die Wettbewerbsintensität zu. Im B2B-Bereich ist die Anzahl der Pakete leicht gestiegen (Quelle: Kreuzer, Fischer & Partner, Branchenradar 2017). Die Entwicklung des internationalen Paket- und Frachtgeschäfts ist wiederum wesentlich von der Konjunkturentwicklung, den internationalen Handelsströmen und der damit verbundenen Preisentwicklung abhängig. Wettbewerbsintensität und Preisdruck sind in diesem Bereich weiterhin hoch. Die Handelsströme werden immer internationaler – und mit ihnen die nachgefragten Logistikdienstleistungen. Internationale Sendungen sind daher ein weiterer wichtiger Faktor für das Wachstum des europäischen Kurier-, Express- und Paketmarkts (KEP).

Ein weiterer wichtiger Markttrend besteht in der steigenden Bedeutung des Klimaschutzes und der dadurch steigenden Nachfrage nach ressourcenschonenden Gütertransporten. Die Österreichische Post AG entspricht diesen Anforderungen durch das Angebot der CO₂-neutralen Zustellung im Heimatmarkt Österreich, mit dem sie für sich und ihre Kunden eine Belastung der globalen Klimabilanz durch ihre Unternehmenstätigkeit vermeidet.

1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post AG basieren primär auf dem Österreichischen Postmarktgesetz, das seit 1. Jänner 2011 in Kraft ist.

- Die Österreichische Post AG ist seit der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleister und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich. Die Regulierungsbehörde hat – wie gesetzlich vorgesehen – im Jahr 2016 untersucht, ob auch andere Postdienstanbieter in der Lage sind, die in der gesetzlichen Universaldienstverpflichtung definierten Leistungen zu erbringen. Dies ist nicht der Fall.
- Der Universaldienst beschränkt sich primär auf Postsendungen, die auf Basis der allgemeinen (nicht individuell ausverhandelten) Geschäftsbedingungen an den gesetzlich definierten Zugangspunkten abgegeben werden, also z. B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Damit soll die Grundversorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen gesichert werden. Postdienste für Sendungen, die von Großkunden in Verteilzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – nicht zum Universaldienst.
- Mit dem 27. November 2015 trat eine Änderung des Postmarktgesetzes in Kraft, die es der Österreichischen Post AG ermöglicht, neben den Briefsendungen (mit strengen Laufzeitvorgaben) auch so genannte Non-Priority-Briefsendungen im Universaldienst anzubieten, deren Laufzeiten regelmäßig bis zu vier Tage betragen dürfen. Die Österreichische Post AG hat diesbezüglich jedoch noch kein Universaldienstprodukt im Angebot.
- Die Regulierungsbehörde (Post-Control-Kommission) hat mit dem 25. Juli 2016 eine Neuerung der Produktstruktur genehmigt, die mit dem 1. Jänner 2017 umgesetzt wird. Diese beinhaltet Adaptierungen bei Brief- und Paketprodukten, insbesondere die Einführung eines neuen Produkts „Päckchen“ für leichtgewichtige Sendungen.

1.4 Struktur des Unternehmens

Die Österreichische Post AG bündelt ihre Geschäftsaktivitäten in den beiden Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik. Zusätzlich obliegen der Division Corporate vor allem Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung, das Innovationsmanagement und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

1.4.1 Division Brief, Werbepost & Filialen

Das Leistungsspektrum der Division Brief, Werbepost & Filialen umfasst die Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Postkarten, adressierten, teil- und unadressierten Werbesendungen und Zeitungen sowie Paketen im Zuge der Verbundzustellung. Darüber hinaus werden Post- und Telekomprodukte sowie Finanzdienstleistungen in Kooperation mit den Partnern BAWAG P.S.K. und A1 Telekom Austria AG angeboten. Die Österreichische Post AG bietet ihren Kunden auch diverse Online-Services an. Ergänzt wird das Angebot durch neue Dienstleistungen für Geschäfts- und Werbepost, darunter Adress- und Datenmanagement, Poststellen-Management, intelligentes Scanning und Response-Management. Pro Jahr stellt die Österreichische Post AG in Österreich 790 Mio Briefe, 580 Mio adressierte Werbesendungen, 2,6 Mrd unadressierte Werbesendungen, 370 Mio Printmedien und 290 Mio Regionalmedien zu.

1.4.2 Division Paket & Logistik

Kerngeschäft der Division Paket & Logistik ist die Beförderung von Paketen sowie von „Express Mail Service“(EMS) Sendungen für Privat- und Geschäftskunden. Die Österreichische Post AG stellte im Jahr 2016 rund 81 Mio Pakete und EMS-Sendungen zu. Damit ist sie führender Dienstleister für die Auslieferung von Versandhandels- und Privatkundenpaketen sowie von B2B-Sendungen mit einer flächendeckenden Zustellung in höchster Qualität.

1.4.3 Division Corporate

In der Division Corporate werden Dienstleistungen erbracht, wie sie typischerweise für Zwecke der Verwaltung notwendig sind. Diese Dienstleistungen umfassen die Verwaltung von Immobilien, die Erbringung von IT-Support, Finanzierungs- und Verwaltungstätigkeiten sowie die Administration des Post-Arbeitsmarktes. Die Division Corporate beinhaltet darüber hinaus die Bereiche Innovationsmanagement und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

2.1 Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse der Österreichischen Post AG sind im Geschäftsjahr 2016 um 10,7 Mio EUR von 1.756,8 Mio EUR im Vorjahr auf 1.746,1 Mio EUR 2016 gesunken. Der Umsatzrückgang in der Division Brief, Werbepost und Filialen wurde dabei teilweise durch das Umsatzplus in der Division Paket & Logistik von 3,3% ausgeglichen.

Der Umsatz der Österreichischen Post AG entfällt zu 79,5% auf die Division Brief, Werbepost & Filialen und zu 18,3% auf die Division Paket & Logistik. Der Umsatzanteil der Division Corporate lag bei 2,2%.

Umsatz nach Divisionen

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016
Umsatz gesamt	1.756,8	1.746,1	-0,6%
Brief, Werbepost & Filialen	1.407,9	1.387,3	-1,5%
Paket & Logistik	310,0	320,1	3,3%
Corporate	39,0	38,7	-0,6%

Umsatz Division Brief, Werbepost & Filialen

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016
Briefpost & Mail Solutions	769,1	756,4	-1,6%
Werbepost	374,7	371,8	-0,8%
Medienpost	139,3	140,1	0,5%
Filialdienstleistungen	124,8	119,0	-4,6%

Der Divisionsumsatz in Höhe von 1.387,3 Mio EUR stammt zu 54,5% aus dem Bereich Briefpost & Mail Solutions, zu 26,8% aus Werbepost und zu 10,1% aus Medienpost, also der Zustellung von Zeitungen und Magazinen. Zudem wurden 8,6% des Umsatzes mit Filialdienstleistungen erwirtschaftet. Der Divisionsumsatz konnte – vor dem Hintergrund einer negativen Volumenentwicklung insbesondere bei den adressierten Briefmengen – gut gehalten werden. Der Rückgang von 1,5% ist auf die anhaltende elektronische Substitution von Briefen sowie einer Veränderung des Verrechnungsmodells bei Mobilfunkprodukten zurückzuführen. Als gegenläufigen positiven Effekt sind die Impulse aus Wahlen zu nennen.

Im Bereich Briefpost & Mail Solutions lag der Umsatz im Geschäftsjahr 2016 mit 756,4 Mio EUR um 1,6% unter dem Niveau des Vorjahres. Der Basistrend der Substitution von Briefen durch elektronische Kommunikationsformen hält weiter an, wurde aber teilweise durch die gestiegene Anzahl an internationalen E-Commerce Sendungen kompensiert. Positiv wirkten sich auch die Wahlen 2016 aus.

Der Bereich Werbepost verzeichnete in der Berichtsperiode einen Umsatzrückgang um 0,8% auf 371,8 Mio EUR. Diese Entwicklung ist vor allem auf die differenzierten Werbeaktivitäten einzelner Kundengruppen zurückzuführen. Generell ist dieses Geschäftsfeld vom konjunkturellen Umfeld beeinflusst und daher größeren Schwankungen unterworfen. Hingegen führten die gestiegenen internationalen Volumina im adressierten und unadressierten Bereich sowie die Wahlen zu einem positiven Umsatzeffekt.

Der Umsatz mit Medienpost zeigte im Geschäftsjahr 2016 einen Anstieg von 0,5% auf 140,1 Mio EUR. Dieser Anstieg ist insbesondere auf diverse Einmalaussendungen zurückzuführen.

Der Umsatz im Bereich Filialdienstleistungen verringerte sich im Geschäftsjahr 2016 um 5,8 Mio EUR. Diese Entwicklung ist weitgehend auf die Änderung des Verrechnungsmodells von Mobilfunkprodukten im Ausmaß von

8,6 Mio EUR zurückzuführen, dem auch ein Rückgang in der entsprechenden Aufwandsposition gegenübersteht. Bereinigt um diesen Effekt erhöhte sich der Umsatz in diesem Bereich vor allem aufgrund einer Absatzsteigerung bei Mobilfunkprodukten.

Umsatz Division Paket & Logistik

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016
Paket Premium	107,8	127,6	18,3%
Paket Standard	196,4	186,0	-5,3%
Paket Sonstige Leistungen	5,7	6,5	13,3%

Der Umsatz der Division Paket & Logistik steigerte sich im Geschäftsjahr 2016 um 10,1 Mio EUR auf 320,1 Mio EUR.

Der Bereich Paket Premium – es handelt sich hierbei um eine Paketzustellung innerhalb 24 Stunden – verzeichnete einen Umsatzanstieg in Höhe von 18,3%. Neben höheren Umsatzbeiträgen mit Business-Kunden in Österreich waren vor allem bei Umsätzen höherwertiger Pakete für Privatkunden überdurchschnittliche Steigerungen zu verbuchen.

Die Umsätze des Bereichs Paket Standard – es umfasst vorrangig Sendungen an Privatkunden in Österreich – gaben aufgrund verstärkten Wettbewerbs sowie des Trends in Richtung Premium-Produkte um 5,3% auf 186,0 Mio EUR nach.

Im Bereich Paket Sonstige Leistungen, der diverse Logistik-Zusatzdienstleistungen beinhaltet, wurden in der Berichtsperiode Umsätze in Höhe von 6,5 Mio EUR generiert.

2.2 Ergebnisentwicklung

Die Ertragslage der Österreichischen Post AG zeigt für das Geschäftsjahr 2016 folgendes Bild:

Mio EUR	2015	2016	Veränderung 2015/2016	Struktur in %
Umsatzerlöse	1.756,8	1.746,1	-0,6%	100,0%
Sonstige betriebliche Erträge und aktivierte Eigenleistungen	42,9	25,3	-41,0%	1,5%
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	-329,0	-339,8	3,3%	-19,5%
Personalaufwand	-958,7	-953,0	-0,6%	-54,6%
Abschreibungen	-59,9	-56,0	-6,5%	-3,2%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-239,0	-233,7	-2,2%	-13,4%
Beteiligungsergebnis	-128,4	-10,2	-92,0%	-0,6%
EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern)	84,7	178,6	>100%	10,2%
Sonstiges Finanzergebnis	2,7	-0,4	<-100%	0,0%
EBT (Ergebnis vor Steuern)	87,4	178,2	>100%	10,2%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-46,2	57,4	>100%	3,3%
Jahresüberschuss	41,2	235,6	>100%	13,5%

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 41,0% auf 25,3 Mio EUR gesunken. In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Jahres 2015 sind gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten in Höhe von 28,2 Mio EUR enthalten. Im Gegenzug sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Vorjahres Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von 5,2 Mio EUR erfasst.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist gegenüber dem Vorjahr um 3,3% auf 339,8 Mio EUR gestiegen. Der Anstieg resultiert insbesondere bedingt durch das gestiegene Paketvolumen aus dem Kerngeschäft.

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von 54,6% an den Umsatzerlösen der größte Aufwandsposten der Österreichischen Post AG und ist im Berichtszeitraum aufgrund der konsequenten Fortführung der Maßnahmen zur Effizienzsteigerung um 0,6% auf 953,0 Mio EUR gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 2,2% auf 233,7 Mio EUR.

Das Beteiligungsergebnis trägt mit 10,2 Mio EUR negativ aufgrund von im Geschäftsjahr durchgeführten außerplanmäßigen Abschreibungen zum Ergebnis bei. Das Beteiligungsergebnis des Vorjahres steht im Zusammenhang mit außerplanmäßigen Abschreibungen der trans-o-flex Gruppe Deutschland.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen der Österreichischen Post AG sind im Geschäftsjahr 2016 infolge eines fortgeschrittenen Abschreibungsgrades bei Gebäuden und Teilen der Betriebs- und Geschäftsausstattung um 3,2% auf 56,0 Mio EUR gesunken.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) der Österreichischen Post AG ist von 84,7 Mio EUR auf 178,6 Mio EUR gestiegen. Das Ergebnis vor Steuern (EBT) hat sich von 87,4 Mio EUR im Geschäftsjahr 2015 auf 178,2 Mio EUR im Geschäftsjahr 2016 gesteigert.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag weisen im Geschäftsjahr 2016 einen Ertragssaldo in Höhe von 57,4 Mio EUR aufgrund der erstmaligen Erfassung von aktiven latenten Steuern als Folge des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 auf.

In Summe ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 235,6 Mio EUR für das Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zu 41,2 Mio EUR für das Geschäftsjahr 2015.

2.3 Vermögens- und Finanzlage

Die Österreichische Post AG setzt auf eine konservative Bilanz- und Finanzierungsstruktur. Dies zeigt sich allem voran an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und der soliden Veranlagung von Zahlungsmitteln mit möglichst geringem Risiko.

2.3.1 Bilanzstruktur

Mio EUR	31.12.2015	31.12.2016	Struktur 31.12.2016 in %	Veränderung
Aktiva				
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	444,9	481,3	30,4%	36,4
Finanzanlagen	471,5	467,0	29,5%	-4,5
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	279,7	257,2	16,3%	-22,5
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	279,8	261,5	16,5%	-18,2
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	32,5	35,2	2,2%	2,7
Aktive latente Steuern	0,0	79,7	5,0%	79,7
	1.508,3	1.582,0	100,0%	73,7
Passiva				
Eigenkapital	607,6	711,5	45,0%	103,9
Rückstellungen	590,0	555,4	35,1%	-34,7
Verbindlichkeiten	290,2	296,3	18,7%	6,1
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	20,4	18,8	1,2%	-1,6
	1.508,3	1.582,0	100,0%	73,7

Die Bilanzsumme der Österreichischen Post AG lag mit 31. Dezember 2016 bei 1.582,0 Mio EUR. Die Position Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände erhöhte sich gegenüber 2015 um 36,4 Mio EUR auf 481,3 Mio EUR. Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke und Bauten mit einem Buchwert von 207,0 Mio EUR (31.12.2015: 210,3 Mio EUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Buchwert von 113,3 Mio EUR (31.12.2015: 114,3 Mio EUR) sowie geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau mit einem Buchwert von 96,6 Mio EUR (31.12.2015: 50,4 Mio EUR). Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen in Bau sind aufgrund der Errichtung der neuen Unternehmenszentrale, der Beschaffung von Zustellfahrzeugen sowie dem Erwerb eines Grundstückes für die Errichtung eines neuen Sortierzentrums im Norden von Wien im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Die Finanzanlagen in Höhe von 467,0 Mio EUR (31.12.2015: 471,5 Mio EUR) beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen mit einem Buchwert von 384,7 Mio EUR (31.12.2015: 388,7 Mio EUR), Beteiligungen mit einem Buchwert von 9,7 Mio EUR (31.12.2015: 13,3 Mio EUR), sowie Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 72,6 Mio EUR (31.12.2015: 69,5 Mio EUR).

Die Position Vorräte, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthält insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 171,7 Mio EUR (31.12.2015: 182,3 Mio EUR), Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 26,8 Mio EUR (31.12.2015: 35,6 Mio EUR), sonstige Forderungen in Höhe von 45,5 Mio EUR (31.12.2015: 46,6 Mio EUR), sowie Vorräte in Höhe von 12,9 Mio EUR (31.12.2015: 14,7 Mio EUR).

Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ist im Geschäftsjahr 2016 von 279,8 Mio EUR auf 261,5 Mio EUR gesunken.

Zum Stichtag 1. Jänner 2016 waren aktive latente Steuern in Höhe von 96,8 Mio EUR als Folge der erstmaligen Anwendung des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 erfasst. Dieser Saldo wurde bis zum 31. Dezember 2016 fortgeführt und beträgt nunmehr 79,7 Mio EUR.

Auf Basis des Eigenkapitals von 711,5 Mio EUR ergibt sich zum 31. Dezember 2016 eine Eigenkapitalquote von 45,0% (31.12.2015: 40,3%).

Die Rückstellungen in Höhe von 555,4 Mio EUR sind größtenteils langfristig und beinhalten unter anderem Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Für Personalaufwendungen im Zusammenhang mit unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter), die im Rahmen des laufenden postinternen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt werden können, wurde mit einer Rückstellung für Unterauslastung in Höhe von 167,6 Mio EUR (31.12.2015: 183,2 Mio EUR) vorgesorgt.

Die Verbindlichkeiten der Österreichischen Post AG betragen zum 31. Dezember 2016 296,3 Mio EUR (31.12.2015: 290,2 Mio EUR).

2.3.2 Cashflow

Mio EUR	2015	2016
Cashflow aus dem Ergebnis	177,4	214,8
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	-2,8	-16,6
= Cashflow aus Geschäftstätigkeit	174,6	198,2
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	-31,0	-93,8
= Free Cashflow	143,6	104,4
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-107,4	-122,6
= Nettoveränderung liquider Mittel	36,2	-18,2

Der Cashflow aus dem Ergebnis erreicht im Geschäftsjahr 2016 214,8 Mio EUR nach 177,4 Mio EUR im Geschäftsjahr 2015. Der Cashflow aus der Geschäftstätigkeit liegt mit 198,2 Mio EUR um 23,6 Mio EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres. Dieser Unterschied geht unter anderem auf geringere Steuerzahlungen zurück.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit erreicht im Jahr 2016 einen Wert von 93,8 Mio EUR im Vergleich zu minus 31,0 Mio EUR im Vorjahr. Diese Abweichung resultiert vor allem aus dem positiven Effekt im Jahr 2015 durch den Verkauf der ehemaligen Unternehmenszentrale im ersten Wiener Gemeindebezirk.

Der Free Cashflow erreicht 104,4 Mio EUR nach 143,6 Mio EUR im Vorjahr.

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 122,6 Mio EUR hat sich unter anderem aufgrund der Rückzahlung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in 2016 erhöht.

2.3.3 Wesentliche Investitionen

Die Investitionen der Österreichischen Post AG beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 in Summe auf 90,7 Mio EUR und lagen damit um 0,7 Mio EUR knapp unter dem Wert des Vorjahres. Davon entfielen 88,5 Mio EUR auf Investitionen in Sachanlagen und 2,2 Mio EUR auf Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände.

Schwerpunkte des Investitionsprogramms der Österreichischen Post AG bildeten in der Berichtsperiode geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau (58,7%). Darin enthalten sind Anlagen im Bau für die Errichtung der neuen Unternehmenszentrale, die im Herbst 2017 fertiggestellt wird, sowie geleistete Anzahlungen für den Erwerb eines Grundstücks für den Bau eines neuen Sortierzentrums im Norden von Wien und die Beschaffung von Zustellfahrzeugen.

2.4 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2015 ⁵⁾	2016
EBIT-Marge ¹⁾	4,7%	10,2%
ROE ²⁾	7,2%	49,5%
ROCE ³⁾	10,8%	24,2%
Ø Capital Employed ⁴⁾	784,0 Mio. EUR	737,6 Mio EUR

¹⁾ EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

²⁾ Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenkapital abzüglich im Geschäftsjahr geflossener Dividende

³⁾ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

⁴⁾ Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagen + Anteile an verbundenen Unternehmen + Beteiligungen + Vorräte + Forderungen (abzüglich verzinsliche Forderungen) + Aktive Rechnungsabgrenzungsposten – unverzinsliches Fremdkapital

⁵⁾ Die Werte für 2015 wurden um Änderungen, die sich aus dem Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 ergeben, angepasst

Die EBIT-Marge beträgt 10,2% und ist aufgrund des in 2016 besseren EBITs angestiegen. Der Return on Equity beläuft sich auf 49,5% und ist ebenfalls im Wesentlichen aufgrund des besseren Ergebnisses angestiegen. Das Gleiche gilt für den Return on Capital Employed mit 24,2%. Der Rückgang des durchschnittlichen Capital Employed resultiert im Wesentlichen aus der Wertminderung der Anteile an verbundenen Unternehmen zum 31.12.2015.

3. Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand der Österreichischen Post AG reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 535 auf 17.448 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist in der Division Brief, Werbepost & Filialen beschäftigt.

Mitarbeiter nach Divisionen	2015	2016	Anteil in %
Brief, Werbepost & Filialen	14.576	14.004	80,3%
Paket & Logistik	1.573	1.528	8,8%
Corporate	1.834	1.916	11,0%
Gesamt	17.983	17.448	100,0%

3.1 Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsförderung

Als Dienstleistungsunternehmen stellen motivierte und gesunde Mitarbeiter für die Österreichische Post AG einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Um die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter – auch bis in ein höheres Alter – zu erhalten, muss der Arbeitgeber ein sicheres und motivierendes Arbeitsumfeld schaffen. Für den Erhalt der Gesundheit sind beide Seiten – das Unternehmen und die Mitarbeiter – verantwortlich. Demnach arbeitet die Österreichische Post AG an der Gestaltung der Arbeitsplätze und -prozesse nach den hohen Anforderungen des Arbeitnehmerschutzes und bietet ihren Mitarbeitern zusätzlich diverse Aktivitäten an, die diese in ihrer Gesundheitsvorsorge unterstützen.

Im Jahr 2016 lag der Schwerpunkt in der Weiterführung des Projekts „Gesundes Herz und Du“. Im Rahmen von Gesundheitsberatungen und Gesundheitstagen konnten die Mitarbeiter Interessantes über die eigene Gesundheit und den eigenen Körper sowie über Ernährung, Raucherentwöhnung und ähnlichen Themen erfahren. Mit dem Programm „Fit im Büro“ hat die Österreichische Post AG ein Programm zusammengestellt, mit dessen Übungen die Mitarbeiter mit geringem Zeitaufwand im Büro und zu Hause ihre Muskeln kräftigen und Haltungsschäden vorbeugen können.

3.2 Aus- und Weiterbildung

Die zielgruppen- und kompetenzorientierte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Personalmanagement der Österreichischen Post AG. Die hier umgesetzten Maßnahmen beinhalten Fachschulungen, Weiterbildungskurse, Coachings und Trainings in allen Fachbereichen des Unternehmens.

Wenn es darum geht, Mitarbeiterpotenziale zu erkennen und ihre Fähigkeiten durch individuelle Förderung auszubauen, sind im ersten Schritt die Führungskräfte gefordert. Daher setzt die Österreichische Post AG bereits seit dem Jahr 2012 einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Führungskräften im Rahmen der Führungsakademie des

Unternehmens. Ihr Ziel besteht darin, leitende Mitarbeiter und Schlüsselkräfte mit einem maßgeschneiderten Programm bei der Umsetzung der Führungsleitlinien zu unterstützen. Die vier zielgruppengerechten Programme zur Weiterentwicklung der Führungskräfte wurden 2016 fortgesetzt.

3.3 Vielfalt und Chancengleichheit

Im Rahmen ihres Diversity-Managements sieht die Österreichische Post AG die Vielfalt unter ihren Mitarbeitern explizit als förderwürdig und nutzt diese konstruktiv. Das bezieht sich einerseits auf äußerlich wahrnehmbare Unterschiede wie Geschlecht, Ethnie, Alter oder Behinderung, andererseits aber auch auf subjektive Unterschiede wie Religion oder Lebensstil. Die Österreichische Post AG möchte die individuelle Verschiedenheit der Mitarbeiter nicht nur respektieren, sondern diese im Sinne einer positiven Wertschätzung besonders hervorheben. Die Ziele sind eine produktive Gesamtatmosphäre im Unternehmen zu schaffen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu verhindern und die Bedingungen für Chancengleichheit zu verbessern. Denn die Österreichische Post AG legt in allen Unternehmensbereichen großen Wert auf Chancengleichheit am Arbeitsplatz und tritt daher jeder Form von Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung entschieden entgegen. Bereits 2013 hat die Österreichische Post AG die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und trägt seither im Sinn dieser freiwilligen Selbstverpflichtung im Rahmen ihres Diversity Managements zu mehr Toleranz, Fairness und Wertschätzung bei. Die Österreichische Post AG nimmt ihre Rolle als familienfreundlicher Arbeitgeber ernst und fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine Reihe von Maßnahmen und Angeboten. Dafür erhielt die Österreichische Post AG im November 2013 das bis 2016 gültige Grundzertifikat „berufundfamilie“ des österreichischen Familienministeriums. Auch 2016 erhielt die Österreichische Post AG das Zertifikat – mit Gültigkeit bis zum Jahr 2019 – erneut.

4. Umwelt

Die Österreichische Post AG ist sich auch ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst und sucht daher laufend nach Optimierungspotenzialen, um ihren ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Auch im Jahr 2016 hat die Österreichische Post AG im Rahmen ihrer Initiative CO₂ NEUTRAL ZUGESTELLT alle Briefe, Pakete und Werbesendungen in Österreich ausnahmslos CO₂-neutral zugestellt. Diese Initiative wird in einem Drei-Stufen-Programm umgesetzt: Oberste Priorität hat immer die Vermeidung von Emissionen in den eigenen Kernprozessen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Fuhrpark und Gebäude und wird etwa durch optimierte Routenplanung, eine moderne Fahrzeugflotte sowie Schulungen der Fahrer bzw. durch Monitoring des Energieverbrauchs in Gebäuden und die Optimierung der Gebäudenutzflächen verwirklicht. In einem zweiten Schritt setzt die Österreichische Post AG auf alternative Energieformen. Auch 2016 wurde etwa der E-Fuhrpark bedeutend ausgebaut und umfasst bereits mehr als 1.300 E-Fahrzeuge. Das Projekt „Grünes Wien“ sieht vor, dass alle Brief- und Werbesendungen an Privatkunden in Wien nur mehr mit E-Fahrzeugen oder zu Fuß zugestellt werden. Mittlerweile wurde dieses Projekt fast vollständig umgesetzt. Auch auf die anderen Bundeshauptstädte wurde dieses Projekt ausgerollt.

Darüber hinaus bezieht die Österreichische Post AG seit 2012 nur noch Strom aus erneuerbaren Energiequellen und betreibt auf dem Dach des Briefzentrums Wien und des Logistikzentrums Allhaming jeweils eine Photovoltaikanlage. Die Anlagen produzieren gemeinsam rund 1,4 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich. Auf der dritten Ebene werden schließlich alle Emissionen, die derzeit noch nicht vermieden werden können, durch die Unterstützung anerkannter und zertifizierter nationaler und internationaler Klimaschutzprojekte mit hoher ökologischer und sozioökonomischer Wirkung kompensiert. Die gesamte Initiative wird regelmäßig von Sachverständigen des TÜV AUSTRIA geprüft.

5. Forschung und Entwicklung/Innovationsmanagement

Ein wesentlicher Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie der Erweiterung der bestehenden Produktpalette aus dem Kerngeschäft heraus. Die Österreichische Post AG ist ein Dienstleistungsunternehmen und ergänzt bzw. verbessert ihre Services daher ständig mit innerbetrieblichen F&E-Maßnahmen. Zusätzlich arbeitet die Österreichische Post AG laufend an der Optimierung ihrer Prozesse und Abläufe, wobei hierbei unternehmensintern oder gemeinsam mit Kooperationspartnern auch neue innovative Lösungen erforscht und entwickelt werden, die in vielen Fällen zu neuen Marktstandards für die gesamte Logistikbranche führen.

Im Bereich Produkte und Dienstleistungen wurden im Geschäftsjahr 2016 wieder eine Vielzahl innovativer und selbstentwickelter Lösungen umgesetzt. Während eine Reihe an Projekten im Produktmanagement der Divisionen Brief, Werbepost & Filialen und Paket & Logistik abgewickelt werden, bestehen für den stark wachsenden Online-Bereich eigene Kompetenzzentren, die sich prioritär mit der Entwicklung neuer Produkte und Lösungen beschäftigen. In den beiden Abteilungen Online- und E-Commerce-Innovationsmanagement sind rund 50 Mitarbeiter tätig, die sich primär auf den Bereich Forschung und Entwicklung konzentrieren.

So entwickelte die Österreichische Post AG ihre Lösungen in den Bereichen elektronische Post und mobile Services („Post-App“) auch 2016 konsequent weiter. Die Online-Services der Österreichischen Post AG zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit aus. Im Bereich Logistik-Services entwickelt die Österreichische Post AG zudem laufend maßgeschneiderte Kundenlösungen für Warehousing und Fulfillment sowie diverse „Value Added Services“. Diese Lösungen sorgen in Verbindung mit innovativen Online-Services für mehr Effizienz, höhere Flexibilität und generell für eine kundenorientierte Optimierung von Kommunikation und Distribution. Darüber hinaus übernahm die Österreichische Post AG im Jahr 2016 den steirischen IT-Dienstleisters ACL advanced commerce labs GmbH (ACL). ACL ist führend im Bereich E-Commerce Lösungen für große Markenhersteller in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Mit der Beteiligung an ACL können E-Commerce Angebote weiter ausgebaut und den Kunden künftig noch serviceorientiertere und einfachere One-Stop-Shop-Lösungen angeboten werden.

Eine Sonderstellung im Bereich F&E nimmt auch das Geschäftsfeld Mail-Solutions in der Division Brief, Werbepost und Filialen mit 300 Mitarbeitern ein, die vor allem an innovativen Lösungen im Bereich Geschäftsprozessoutsourcing, elektronischer Zustellung, im Datenmanagement und in der digitalen Werbung arbeitet. Der Fokus liegt hier unter anderem auf dem dualen Versand und Empfang (digital/physisch), einem intelligenten Inputmanagement, einem effizienten Poststellenmanagement, dem digitalen Dokumentenmanagement, der dualen Zustellung und dem Outputmanagement sowie auf wirkungsvollen CRM-Anwendungen (Geomarketing, Adressmanagement etc.). Im Jahr 2016 erwarb die Österreichische Post AG zudem 26% der Anteile am Unternehmen sendhybrid. Als Spezialist für den sicheren, elektronischen Dokumentenversand ermöglicht sendhybrid Empfängern orts- und zeitunabhängig nachweisliche Erreichbarkeit und einen Zugriff auf das digitale Postfach über Smartphone, Tablet und PC.

Neben ihren eigenen Entwicklungsaktivitäten kooperiert das Unternehmen seit langem mit namhaften österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. Ein wichtiger Partner ist dabei die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG). Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, den Fokus auf Innovationen weiter zu verstärken und in der Entwicklung von Produkten und Services auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zurückgreifen zu können.

Neben dem Produktbereich forscht und entwickelt die Österreichische Post AG – wie erwähnt – auch laufend im Bereich Prozesse und Abläufe. Auch aufgrund der hohen gesellschaftlichen Verantwortung der Österreichischen Post AG als österreichischer Leitbetrieb, liegt einer der Schwerpunkte der gesetzten Initiativen auf den Bereichen Ressourcenschonung und Energieeffizienz. Die Abteilung CSR & Umweltmanagement berät und unterstützt dabei die operativen Bereiche bei Bedarf bei deren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Eines der Leuchtturmprojekte im Bereich angewandte Forschung stellt die Modellregion E-Mobility Post dar. In Zusammenarbeit mit dem Klima- und Energiefonds der Bundesregierung und dem Ministerium für ein lebenswertes Österreich werden

die Einsatzfähigkeit von E-Fahrzeugen in der Praxis und die optimale Nutzung der lokalen Ressourcen an erneuerbarer Energie erforscht. Die Österreichische Post AG hat bis Ende 2016 rund 14 Mio EUR in die CO₂-neutrale und schadstofffreie Zustellung investiert.

Des Weiteren wurden folgende Projekte im Geschäftsjahr 2016 begonnen bzw. weitergeführt: Gemeinsam mit dem AIT Austrian Institut of Technology startete die Österreichische Post AG ein Projekt mit dem Namen PEAR zur Evaluierung der energieeffizienten Automation und Regelung von Gebäuden mit dem Hauptziel einer signifikant verkürzten Inbetriebnahme-Phase und einem durchgängig energieoptimierten Betrieb bei gleichbleibender Behaglichkeit. Ein weiteres Forschungsprojekt mit dem AIT hat E-Mobilität zum Thema (Projekt SEAMLESS). Die Österreichische Post AG, als Projekt- und Demopartner, leistet durch ihre Praxiserfahrungen einen Beitrag zur Erforschung unterschiedlicher Mobilitätswege und -möglichkeiten. Im Bereich der Logistik zielt das Projekt EAGLE auf die methodische Entwicklung eines Prototyps zur automatischen Güterentladung in Logistiknetzwerken ab. Unter realen Einsatzbedingungen sollen in Folge die Anforderungen an die Integration in bestehende Abläufe und die Nachhaltigkeit im Sinne der Bewältigung zukünftiger Warenströme berücksichtigt werden. Es handelt sich hierbei um eine exemplarische nicht vollständige Darstellung ausgewählter Forschungsprojekte.

6. Kunden

6.1 Zustellqualität

Die Österreichische Post AG hat sich zum Ziel gesetzt, Anbieter hochqualitativer Dienstleistungen zu sein. In Österreich bestehen im Rahmen des Universaldienstes folgende strenge Auflagen für die Zustellgeschwindigkeit von Briefen und Paketen: Zustellung von 95% aller Briefe am nächsten Werktag bzw. von 90% aller Pakete innerhalb von zwei Werktagen. Mit einer Rate von 95,7% für die am ersten Werktag nach Einlieferung zugestellten Briefe hat die Österreichische Post AG die gesetzliche Vorgabe auch 2016 wieder übererfüllt.

Bei der Paketzustellung an Privatkunden konnten mit rund 98% Beförderung innerhalb von zwei Werktagen erfreulich hohe Werte erreicht werden. Auch bei den internationalen Sendungen (Inbound) bietet die Österreichische Post AG eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Zustellqualität.

Im Bereich der Erstzustellquote von bescheinigten Briefen und Paketen konnten die guten Werte des Vorjahres im Briefbereich sowie im Paketbereich übertroffen werden. Die Erstzustellquote ist ein für die Kundenzufriedenheit sehr wichtiger Faktor. So konnten im Jahr 2016 91,7% der Pakete beim ersten Versuch erfolgreich zugestellt werden, bei den bescheinigten Briefen lag der Wert bei 79,1%.

6.2 Kundenzufriedenheit

Im Berichtsjahr wurde die Kundenzufriedenheit quartalsweise erhoben. Partner der Österreichischen Post AG in der Marktforschung ist hier das renommierte *Institut für Empirische Sozialforschung* IFES. Mittels repräsentativer Befragungen mit einer Sample-Größe von n = 1.000 pro Welle wird der „Customer Satisfaction Index“ (CSI) ermittelt, der sich aus Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zusammensetzt. Der durchschnittliche CSI im Jahr 2016 lag mit einem Wert von 68 stabil im guten Bereich; über die vier Quartale gesehen schwankt er nur geringfügig zwischen 68 und 69. Sehr gute Bewertungen (d.h. Werte über 70) erhielten die Post-Geschäftsstellen, der Versand sowie die Zustellung. Jüngere Personen waren hierbei am zufriedensten; diese Personengruppe nimmt auch die Innovationen (wie z. B. SB-Zonen oder die Post-App) am stärksten in Anspruch.

Im Detail erhielten sowohl Brief- als auch Paketzustellung weiterhin sehr gute Werte, die Zusteller selbst lagen im ausgezeichneten Beurteilungsspektrum. Die SB-Zonen erfreuten sich generell wachsender Beliebtheit; bereits 30% der Bevölkerung gaben an, sie schon genutzt zu haben. Verbessert hat sich im Vergleich zum Vorjahr auch das Image der Österreichischen Post AG, im Besonderen die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung für die Mitarbeiter und die Beurteilung der medialen Darstellung des Unternehmens.

Die Kundenzufriedenheitsmessung mittels CSI beurteilt Werte bis 50 Punkte als kritisch, Werte zwischen 51 und 60 Punkten als mäßig, ab 61 Punkten wird von einem guten Wert gesprochen. 71 Punkte und mehr sind sehr gut; ausgezeichnet bedeuten 81 Punkte bis zum Höchstwert von 100 Punkten.

6.3 Versorgungssicherheit

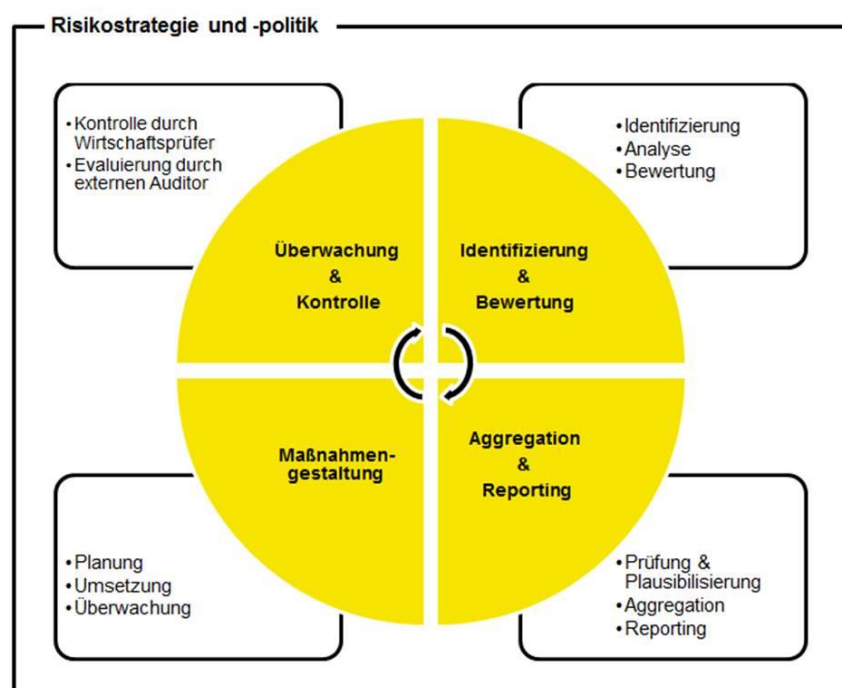
Neben der Verpflichtung, täglich Post-Dienstleistungen für jeden Haushalt in ganz Österreich in höchster Qualität und zu einem einheitlichen Preis zu liefern, umfassen die Verpflichtungen des Universaldienstes auch ein flächendeckendes Standortnetz mit mindestens 1.650 Geschäftsstellen. Auch hier übertrifft die Österreichische Post AG – im Sinn der optimalen Versorgung ihrer Kunden – die Vorgaben: Insgesamt 1.792 Standorte umfasste das Geschäftsstellennetz mit Ende 2016 und zählt damit zu den größten Privatkundennetzen des Landes. Damit ist die Österreichische Post AG also wortwörtlich in der Nähe ihrer Kunden.

Da das Postgeschäft großen Veränderungen unterworfen ist, erfordern sich wandelnde neue Rahmenbedingungen laufend kundenorientierte Anpassungen von Seiten der Post, um die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen auch langfristig gewährleisten zu können. Eine wesentliche Maßnahme stellt dabei der Umbau des Standortnetzes der Post dar, der auch im vergangenen Jahr konsequent vorangetrieben wurde. Zentrales Element dabei ist das sehr erfolgreiche Post Partner-Konzept. Insgesamt 1.338 Post Partner – Lebensmittelgeschäfte, Tankstellen, Trafiken, Gemeindeämter und viele andere mehr – sorgen hier für Stabilität und eine optimale regionale Erreichbarkeit der Post.

7. Chancen und Risiken

7.1 Risikomanagementsystem bei allgemeinen Risiken

Die Österreichische Post AG betreibt ein umfangreiches Risikomanagement, in das alle Unternehmenseinheiten einbezogen sind. Das Ziel des Risikomanagements ist es, die Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen so zu steuern, dass die Abweichung von den Unternehmenszielen möglichst gering gehalten wird. Risiken werden nach einheitlichen Grundsätzen in ihrem Gesamtzusammenhang identifiziert, bewertet, überwacht und in einem unternehmensweiten Risikomanagementsystem dokumentiert. Der Vorstand definiert die Risikostrategie und -politik des Unternehmens und legt die Rahmenbedingungen des Risikomanagementsystems fest.



Die wichtigsten Schritte des Risikomanagementprozesses:

1. Identifizierung und Bewertung: Risiken sind definiert als potenzielle Abweichung vom mittelfristig geplanten Unternehmensergebnis. Quartalsweise analysieren die Risikomanager der jeweiligen Unternehmensbereiche ihre Risikosituation. Für jedes identifizierte Risiko wird ein Verantwortlicher festgelegt, der die Bewertung, die Steuerung und die Überwachung durchführt. Bei der Bewertung werden die Risiken so weit wie möglich gemäß den Dimensionen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert. Nicht quantifizierbare Risiken werden anhand definierter qualitativer Klassen bewertet. Zusätzlich prüft das zentrale Risikomanagement zyklisch die einzelnen Unternehmensbereiche in Form proaktiver Risiko-Assessments und Workshops hinsichtlich ihrer Risiken. Die Ergebnisse der Identifizierung und Bewertung werden in der IT-Anwendung des Risikomanagementsystems dokumentiert.

2. Aggregation und Reporting: Das zentrale Risikomanagement sammelt und überprüft die identifizierten und bewerteten Risiken. Die finanziellen Effekte möglicher Überschneidungen werden in der Aggregation berücksichtigt. Im Anschluss werden die Risiken in einem Risiko-Gremium analysiert und plausibilisiert. Das Risiko-Gremium setzt sich aus Vertretern des Controllings, der Rechtsabteilung, der Strategieabteilung und des Rechnungswesens sowie aus Vertretern der operativen Bereiche zusammen. Die Ergebnisse des Risiko-Gremiums fließen in den quartalsweisen Bericht des zentralen Risikomanagements über die Risiken und deren Entwicklung an den Vorstand

ein. Unerwartet auftretende Risiken werden dem Vorstand unmittelbar (ad hoc) berichtet. Zum Status des Risikomanagements werden der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss ebenfalls regelmäßig informiert.

3. Maßnahmengestaltung: Die Risikosteuerung erfolgt durch die Festlegung geeigneter Maßnahmen mit dem Ziel, die Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder auf Dritte zu übertragen. Die Unternehmensbereiche prüfen hierzu die in Frage kommenden Maßnahmen mittels Kosten-Nutzen-Analysen und implementieren diese anschließend. Die Maßnahmen werden im Zuge der quartalsweisen Analyse durch die Risikomanager überwacht und angepasst.

4. Überwachung und Kontrolle: In Anlehnung an den Österreichischen Corporate Governance Kodex wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems jährlich durch den Wirtschaftsprüfer bewertet. Des Weiteren wurde die Konzeption, Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems durch einen externen Auditor evaluiert.

7.2 Risikomanagementsystem bei finanziellen Risiken

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Österreichischen Post AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portfolio-Ansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

In der Österreichischen Post AG erfolgt eine laufende Überwachung eventuell auftretender Risikokonzentrationen. Diese können bei Finanzinstrumenten mit ähnlichen Merkmalen und ähnlichen Bedingungen auftreten, z. B. in Bezug auf Fristigkeiten und Kontrahenten-Struktur oder hinsichtlich der Umsetzung der Veranlagungsstrategie. Konzentrationsrisiken werden unter anderem durch die Veranlagung von Termingeldern bei verschiedenen Banken, Diversifikation der Emittenten im Wertpapierportfolio oder Streuung der Fälligkeitsprofile vermieden.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt. Weiters bestehen in der Österreichischen Post AG klare, schriftlich festgelegte Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, das Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionsicherheit zu gewährleisten.

Zudem werden durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z. B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) organisatorische Risiken im Finanzbereich so weit wie möglich ausgeschaltet.

7.3 Top Risiken

7.3.1 E-Substitution klassischer Briefsendungen

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumentrüben und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Ein Rückgang des Umsatzes der Österreichischen Post AG im Bereich Briefpost von einem Prozentpunkt führt zu einem negativen Umsatzeffekt von rund 7 Mio EUR pro Jahr, der aufgrund der Fixkostenstruktur des Unternehmens kurz- bis mittelfristig größtenteils ergebnismindernd wirken würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen in Österreich ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post AG zugestellt wird.

Dem Mengenrückgang infolge der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien wird mit neuen Produkten und Dienstleistungen entgegengewirkt. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

7.3.2 Strukturveränderung bei Werbemengen

Bedingt durch die in den vergangenen Jahren anhaltende schwache Wirtschaftsentwicklung war ein zunehmender Trend der Marktkonzentration (Firmenzusammenschlüsse, Konkurse) im Bereich Handel festzustellen. In Folge dessen kann es auch zu einer Strukturveränderung bei Werbemitteln und -mengen, z.B. zu einer Reduktion der Flugblattwerbung, kommen. Dies kann zu einem spürbaren Rückgang im Geschäft mit Werbesendungen und damit auch zu einer Beeinträchtigung des Ergebnisses führen.

7.3.3 Beteiligungen

Ein Bestandteil der Strategie der Österreichischen Post AG ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die Chancen und Risiken von Beteiligungen sind in hohem Maß von politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig. Darüber hinaus können Marktpreisrisiken wie fluktuierende Fremdwährungskurse, Auswirkungen auf die Werthaltigkeit von Beteiligungen haben. Die Entwicklung der Beteiligungen bzw. allenfalls erforderliche Wertminderungen können das Ergebnis der Österreichischen Post AG beeinflussen.

7.3.4 Personalkosten und Struktur der Dienstverhältnisse

Das Geschäftsmodell der Österreichischen Post AG ist von einer hohen Personalkostentangente geprägt. Ein großer Teil der Mitarbeiter der Österreichischen Post AG steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Großteil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen im Fall von Mengenverlusten zu keiner Kapazitätsanpassung kommen, ebenso ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell ungünstigere Marktkonditionen möglich. Das Beamtendienstrecht führt damit insgesamt zu geringer Kostenflexibilität.

Die Österreichische Post AG ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihr zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine bedeutende Rolle ein.

Aus den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts können sich für die Österreichische Post AG, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation der Österreichischen Post AG Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen die Österreichische Post AG keinen Einfluss hat.

7.4 Finanzielle Risiken

Für die Österreichischen Post AG ergeben sich folgenden finanzielle Risiken:

- Ausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktrisiken

7.4.1 Ausfallrisiken

Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt hat bzw. in risikobehafteten Fällen Bankgarantien hinterlegt oder Vorauszahlungen geleistet werden. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber Vertragspartnern bester Bonität. Soweit bei den Forderungen Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst.

Zur Begrenzung des Ausfallrisikos bei Wertpapieren werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft bzw. gehalten. Anteile an Investmentfonds werden nur bei international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte. Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits.

7.4.2 Liquiditätsrisiken

Aufgabe der Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Österreichischen Post AG. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist-Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

7.4.3 Marktrisiken

Marktrisiken umfassen die bestehenden Risiken aus der Änderung von Marktpreisen. In der Österreichischen Post AG bestehen im Wesentlichen Risiken aus der Veränderung von Zinsen und Währungskursen, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können:

- **Zinsänderungsrisiko**

Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten. Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten von über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzinvestitionen in Wertpapiere sowie bei Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden selektiv auch derivative Instrumente wie Zins-Swaps und Zins-Caps eingesetzt. Zum Berichtszeitpunkt bestehen keine derivativen Finanzpositionen. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

- **Währungsänderungsrisiko**

Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen. Auf der Aktivseite ergeben sich keine Risiken aus Währungsänderungen, da Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die übrigen originären Finanzinstrumente.

7.5 Allgemeine und sonstige Risiken

Die Österreichische Post AG unterliegt wie jedes Unternehmen einer Reihe von Risiken, die sich aus der Branche bzw. dem Marktumfeld ergeben. Diese Risiken werden mit Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf wirtschaftliche Art und Weise minimiert, können aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

7.5.1 Operative Risiken

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet ihren Umsatz fast ausschließlich in Österreich. Sollten sich die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und damit die Planungssicherheit eingeschränkt werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil seines Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen dieser Großkunden ist somit wesentlich für die stabile Entwicklung der Österreichischen Post AG. Großkunden sind zudem vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen von der Österreichischen Post AG befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post AG zur Zustellung zu übergeben.

Das Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post AG eine führende Stellung im österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Kunden und zum anderen von Wettbewerbsverschärfungen

durch das Auftreten weiterer Anbieter abhängig, sodass Umsatzeinbußen nicht ausgeschlossen werden können. Das Unternehmen ist deshalb bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Im Filialnetz ist die Österreichische Post AG zum Teil von strategischen Partnern im Telekom- und Finanzbereich abhängig. Ein Kooperationsvertrag mit A1 Telekom Austria läuft bis Ende 2017, jener mit der BAWAG P.S.K. wurde im Jahr 2015 verlängert und ist bis 2020 gültig. Der Vertrag mit der BAWAG P.S.K. besteht aus folgenden drei Komponenten: Transaktionsvergütung, Kostenübernahme der zur Verfügung gestellten Finanzberater und Systemvergütung für gemeinsam geführte Standorte. Sowohl im Telekom- als auch im Finanzbereich bestehen Risiken, die auf die Partnerschaften einwirken können und nicht im ausschließlichen Einflussbereich der Österreichischen Post AG liegen. Diese Risiken können auch zu Ergebnisbeeinträchtigungen auf Seiten der Österreichischen Post AG führen. Die Österreichische Post AG ist bestrebt, operative Risiken laufend mit ihren Partnern abzustimmen und diese gemeinsam – soweit möglich – entgegenzuwirken. Auch das Auslaufen von Kooperationsvereinbarungen bringt Risiken mit sich, da neue Kooperationsoptionen evaluiert und eventuell Strukturanpassungen mit damit verbundenen Restrukturierungsmaßnahmen vorgenommen werden müssen.

Der internationale Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmende Wettbewerbsintensität gekennzeichnet. Vor allem im Briefmarkt kann dies zu Preisrückgängen führen, die durch Mengenwachstum nicht ausgeglichen werden können. Um hier mögliche Umsatzeinbußen zu kompensieren, werden in diesem Bereich verstärkt Effizienzsteigerungsprojekte durchgeführt.

Alle erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

Beschaffungsrisiken

Die Beschaffungsrisiken der Österreichischen Post AG beschränken sich im Wesentlichen auf Schwankungen des Treibstoffpreises. Eine Erhöhung der Treibstoffpreise kann geringe negative Auswirkungen auf das Ergebnis haben.

Technische Risiken

Die Österreichische Post AG ist in hohem Maß auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um ihr Verteil- und Zustellnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen oder sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zu Verlust von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen.

Zur systematischen Bewältigung versicherbarer Risiken betreibt die Österreichische Post AG ein internes Versicherungsmanagement. Dessen Hauptaufgaben bestehen in der laufenden Bewertung der am Markt erhältlichen Versicherungslösungen, dem Portfoliomanagement hinsichtlich der abgeschlossenen Versicherungsverträge sowie der Optimierung der Prozesse in der Schadenabwicklung. Zur Reduzierung von technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen.

Im Betrieb von Rechenzentren verfolgt die Österreichische Post AG eine Outsourcing-Strategie. Durch entsprechende Vertragsgestaltung und gezieltes Servicelevel-Management wird die Verfügbarkeit aller ausgegliederten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

7.5.2 Externe Risiken

Regulatorische und rechtliche Risiken

Mit Inkrafttreten des Postmarktgesetzes am 1. Jänner 2011 erfolgte die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zeit nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz ebenfalls neu geregelt. Das Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post AG:

Die Österreichische Post AG ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von mindestens 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post AG – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Die Österreichische Post AG geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten zu regulierten Preisen auf Teilleistungen der Österreichischen Post AG zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Post AG sowie im Dialog mit allen Stakeholdern nimmt die Thematik der Gleichbehandlung der Österreichischen Post AG mit anderen Marktteilnehmern einen hohen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post AG unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren. Unterschiedliche Definitionen der Grenzen des Universaldienstes seitens der Regulierungsbehörde und des Unternehmens können sich in der Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.

Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken der Österreichischen Post AG war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern, Kunden und Lieferanten.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist die Österreichische Post AG bestrebt, in seinen Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um seinen Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen. Darüber hinaus beabsichtigt die Österreichische Post AG vermehrt Umsätze im nicht regulierten Bereich zu erwirtschaften.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Weiters können Risiken aufgrund unterschiedlicher Interpretationen des Poststrukturgesetzes grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Betreffend die Thematik der Festlegung des korrekten Vorrückungstichtags bei Beamten wurde die vorgesehene Besoldungsreform im Jahr 2015 umgesetzt. Damit ergibt sich für die Österreichische Post AG, dass zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2016 auch weiterhin kein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen aus dieser Thematik wahrscheinlich ist.

Zur Bereinigung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen zwischen Bund und Österreichischer Post AG betreffend die Berechnung der vom Unternehmen laufend an den Bund zu bezahlenden Pensionsbeiträge für aktive Beamte, den

Pflegegeldbeitrag sowie die Pensionsverrechnung wurde im Jahr 2015 ein Vergleich abgeschlossen. Nachforderungen gegenüber der Österreichischen Post AG, die über die bestehende Vorsorge hinausgehen sind aus diesen Themen daher nicht mehr zu erwarten. Die Aufgabe der Pensionsverrechnung samt den damit beschäftigten Beamten wurde mit Stichtag 1. Jänner 2017 per gesetzlicher Anordnung an die BVA (Bundespensionsamt) übertragen.

Umweltrisiken

Mit dem Fortschreiten der klimatischen Veränderungen könnte es zu einer Zunahme von Naturkatastrophen kommen. Wetterbedingte Phänomene wie starker Regen, Hagel, Erdbeben, Hochwasser u. ä. könnten häufiger auftreten. Konsequenzen und Folgeerscheinungen sind vor allem Sach- und Personenschäden. Es könnte zusätzlicher Instandsetzungs- und Instandhaltungsbedarf entstehen. Zudem ist die Österreichische Post AG gesetzlich verpflichtet, die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sicherzustellen. Falls diese durch Naturkatastrophen über einen Zeitraum nicht gewährleistet werden kann, könnten zusätzliche finanzielle Verpflichtungen entstehen.

7.6 Gesamtaussage zur Risikosituation

Die vorstehend beschriebenen Risiken des Unternehmens werden stetig beobachtet und bei Bedarf adaptiert. Aus heutiger Sicht ist der Bestand des Unternehmens dadurch jedoch nicht gefährdet.

7.7 Wesentliche Chancen

Da die Veränderungen, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, auch zu positiven Zielabweichungen führen können, wird im Risikomanagementsystem ein weiterer Fokus auf die Erfassung und Steuerung der Chancen gelegt. Das Ziel ist es hier, Chancen aufzuzeigen und durch geeignete Maßnahmen das entsprechende Potenzial zu verwirklichen. Die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und das Reporting erfolgen gemäß dem oben dargestellten Prozess.

Im Detail erfolgt die Erfassung einerseits im Rahmen der Mittelfristplanung durch den Bereichsplaner (Bottom-up), zusätzlich werden die Chancen (Top-down) durch den Bereich Strategie & Konzernentwicklung verifiziert und ergänzt. Die Österreichische Post AG führt daher eine kontinuierliche Chancenevaluierung durch, um alle Potenziale wahrnehmen zu können. Im Jahr 2016 wurde zur Chancenerkennung ein neues strategisches Programm „Post2020“ gestartet. Dieses beinhaltet mehrere Teilprojekte mit dem Ziel, Potenziale im Detail zu eruieren. Diese Projekte sollen unter Beachtung der vier strategischen Eckpfeiler nochmals wichtige Chancen für die Österreichische Post AG aufzeigen.

In der ersten strategischen Stoßrichtung – **Verteidigung der Marktführerschaft im Kerngeschäft** – wird die Erweiterung und Adaptierung des Produktportfolios im Segment Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik gemäß den Anforderungen der Kunden als Chance betrachtet. So wird das Leistungsangebot laufend durch diverse Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich erweitert. Chancen ergeben sich vor allem durch den wachsenden Online-Handel. Hier punktet die Österreichische Post AG durch neue schnelle und schlanke Lösungen für Online-Bestellungen und deckt alle Geschwindigkeitsanforderungen inkl. Same-Day ab. Eine kontinuierliche E-Substitution wird in der Planung der Österreichischen Post AG bereits berücksichtigt, womit ein im Vergleich zu den ursprünglichen Annahmen langsames Voranschreiten des Rückgangs als Chance zu bewerten ist.

Im zweiten strategischen Feld – **Wachstum in definierten Märkten** – ergeben sich einerseits Chancen in den internationalen Beteiligungen in Wachstumsmärkten in Zentral- und Osteuropa, aber auch die Erhöhung der Wertschöpfungstiefe am Heimatmarkt in Österreich. Wettbewerbsvorteile ergeben sich hierbei durch die vorhandene Infrastruktur und das umfangreiche Logistik-Know-how. Chancen für zukünftiges Wachstum liegen beispielsweise im Online-Bereich oder der Forcierung internationaler Sendungsvolumen.

In der dritten Stoßrichtung – **Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Kostenstruktur** – können durch Projekte wie „Operational Excellence“ und weitere Einkaufsinitiativen Impulse gesetzt und als Chance erkannt werden. Neue Teamstrukturen in der Verteilung können ebenso zu einer weiteren Effizienzsteigerung führen, wie der Einsatz modernster Sortiertechnologien in der Brief- und Paketlogistik.

Für den vierten strategischen Eckpfeiler – **Kundenorientierung und Innovation** – ergeben sich beispielsweise Potenziale durch den Ausbau des Online- und Selbstbedienungsangebots sowie durch neue Geschäftsmodelle im Bereich E-Commerce.

8. Weitere rechtliche Angaben

8.1 Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem (IKS) der Österreichischen Post AG im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, sowie der Einhaltung rechtlicher Vorschriften. Die klare Definition von Verantwortungsbereichen sowie systematische Kontrollen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung und gewährleisten eine ordnungsmäßige Rechnungslegung.

8.1.1 Kontrollumfeld

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt und die Aufgaben und Verantwortungen geteilt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie prozessorientierter dezentraler Teams zusammen.

Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post AG.

Sämtliche Belege werden elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangsrechnungen werden in einer zentralen Scanstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Die Ablauforganisation der monatlichen Bilanzierung folgt einem strikten Terminplan. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Zur vollständigen und richtigen Abbildung aller bilanzierungsrelevanten Sachverhalte erfolgt eine enge Abstimmung zwischen dem Rechnungswesen und den Fachbereichen der Österreichischen Post AG. Diese Abstimmung erfolgt im Rahmen von strukturierten Bilanzierungsgesprächen und dem laufenden Informationsaustausch zu neuen Geschäftsentwicklungen, strukturellen und strategischen Veränderungen sowie zu Rechtsstreitigkeiten und Unsicherheiten.

8.1.2 Risikobeurteilung

Die Risiken im Bereich Rechnungslegung umfassen die nicht vollständige Erfassung von bilanzierungsrelevanten Sachverhalten, Fehler in der Belegerfassung, Bewertungsfehler durch falsche Einschätzung von mit Unsicherheit behafteten Ereignissen bzw. fehlerhafte Berechnungen, unrichtiger Ausweis sowie verspätete Bilanzerstellung und Datenzugriff von unberechtigten Personen bzw. Datenmanipulation, Ausfall von IT-Systemen und Datenverlust.

8.1.3 Kontrollmaßnahmen

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z. B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Zusätzlich bestehen Richtlinien und Fachkonzepte zu ausgewählten Kernprozessen, insbesondere zu Beteiligungserwerben und -veräußerungen. Im Bereich der Stammdaten (z. B. SAP-Kontenplan, Kundendaten) sind zentrale Anlage-/Änderungsprozesse definiert worden.

Die Abschlüsse werden in SAP R3 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und internationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

8.1.4 Information und Kommunikation

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden die Abschlüsse wesentlichen Führungsebenen der Österreichischen Post AG zur Verfügung gestellt.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschlüssen werden interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Wesentlicher Bestandteil der internen Berichterstattung der Österreichischen Post AG ist die Datenanalyse und deren Auswertung. Diese beinhaltet unter anderem die Berechnung von Cashflows sowie dazugehörige detaillierte Erläuterungen.

Vom Controlling wird monatlich ein Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der Tochterunternehmen enthält.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichischen Post AG erfolgt durch Investor-Relations in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor-Relations-Website (www.post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen stehen den Investoren auf der Investor-Relations-Website zahlreiche weitere Informationen zur Verfügung.

8.1.5 Überwachung

Kernpunkt des operativen Risikomanagements ist die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus dem Kerngeschäft. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen getragen. Die Österreichische Post AG gliedert sich in die auf dem Markt tätigen Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik und in die Division Corporate, die zusätzlich vor allem Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung erbringt.

Für die gesamte Österreichische Post AG besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentliche Tochterunternehmen sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“.

Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind die unternehmensweiten Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controlling-Prozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien umfassen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Vorgabe des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Berichtsprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen. Dabei folgen auf den Bericht an den Gesamtvorstand zu Spitzenkennzahlen monatliche Performance Reviews in den auf dem Markt tätigen Einheiten, die gemäß dem integrierten Planungs- und Berichtswesen stufenweise fortgesetzt werden. Wesentliches Merkmal des Planungs- und Berichtswesens ist neben der vertikalen Integration die Konvergenz zwischen internem und externem

Berichtswesen. Zudem werden Chancen und Risiken bereits in der Planungsphase berücksichtigt, um Planungsziele zu plausibilisieren.

Das interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Das bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das interne Kontrollsystem basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Revision überprüft.

8.2 Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit einem Nominalwert von jeweils 5 EUR. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (kurz ÖBIB, früher: Österreichische Industrieholding AG, ÖIAG) 52,85% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichischen Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Aktiengesetz – bzw. – hinsichtlich der ÖBIB auch aus dem Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000) – und das Bundesgesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilitätsgesetz-FinStaG) geändert wurden (ÖBIB-Gesetz 2015) – ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Genehmigtes Kapital

Gemäß § 5 a der Satzung der Österreichischen Post AG wurde der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 um bis zu weitere 33.776.320 EUR durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neue, auf Inhaber lautende Stammaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, in bestimmten Fällen auch unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre, zu erhöhen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

Bedingtes Kapital

Gemäß § 5 b der Satzung der Österreichischen Post AG wurde das Grundkapital gemäß § 159 AktG um bis zu 16.888.160 EUR durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stückaktien erhöht. Die Kapitalerhöhung darf nur zum Zweck der Gewährung von Umtausch- und Bezugsrechten an Gläubiger von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG sowie zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens durchgeführt werden. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

Aktienrückwerb

Die 9. ordentliche Hauptversammlung vom 15. April 2015 hat den Vorstand gemäß § 65 Abs 1 Z 4 und 8 sowie Abs 1a und 1b AktG ermächtigt, auf den Inhaber oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem 15. April 2015 sowohl über die Börse als auch außerbörslich und zwar auch nur von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär, insbesondere der ÖBIB, zu einem niedrigsten Gegenwert von EUR 20 (Euro zwanzig) je Aktie und einem höchsten Gegenwert von EUR 60 (Euro sechzig) je Aktie zu erwerben.

Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Abs 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden. Der Erwerb durch den Vorstand kann insbesondere vorgenommen werden, wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen.

Den Erwerb über die Börse kann der Vorstand der Österreichischen Post AG beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden. Der außerbörsliche Erwerb unterliegt der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats. Im Falle des außerbörslichen Erwerbs kann dieser auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts durchgeführt werden (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss).

Der Vorstand wurde für die Dauer von fünf Jahren ab Beschlussfassung gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne neuerliche Beschlussfassung der Hauptversammlung für die Veräußerung beziehungsweise Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot, unter sinngemäßer Anwendung der Regelungen über den Bezugsrechtsausschluss der Aktionäre, insbesondere wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen, zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Abs 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss gem § 65 Abs 1 Z 8 letzter Satz iVm § 122 AktG herabzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.

Gewinnschuldverschreibungen

Weiters wurde der Vorstand ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG – insbesondere Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und Genussrechte, mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu 250.000.000 EUR, die auch das Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf den Erwerb von insgesamt bis zu 3.377.632 Aktien der Gesellschaft einräumen können und/oder auch so ausgestaltet sind, dass ihr Ausweis als Eigenkapital erfolgen kann – auch in mehreren Tranchen und in unterschiedlicher Kombination, auszugeben, und zwar auch mittelbar im Wege der Garantie für die Emission von Finanzinstrumenten durch ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft mit Umtausch- und/oder Bezugsrechten auf Aktien der Gesellschaft.

Für die Bedienung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte kann der Vorstand das bedingte Kapital oder eigene Aktien oder eine Kombination aus bedingtem Kapital und eigenen Aktien verwenden.

Ausgabebetrag und Ausgabebedingungen der Finanzinstrumente sind vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzusetzen, wobei der Ausgabebetrag nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln ist.

Der Vorstand ist berechtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden.

Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

9. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick

Der Brief- und Paketmarkt war in den letzten Jahren von zwei stetigen Trends geprägt, die auch weiterhin anhalten. Die Volumina adressierter Briefsendungen stehen national und international unter Druck, während Paketmengen, vor allem an Privatkunden – gestützt durch steigende Online-Bestellungen – zunehmen.

Die Volumenprognosen der Österreichischen Post AG gehen davon aus, dass die Basistrends der Mengenentwicklung anhalten. Im klassischen adressierten Briefgeschäft rechnet das Unternehmen mit Volumentrüben in der Größenordnung von etwa 5% p.a. Das Werbegeschäft dürfte auch weiterhin von einer differenzierten Entwicklung bei einzelnen Kunden- und Produktgruppen gekennzeichnet sein. Demgegenüber ist zu erwarten, dass Bestellungen via Internet das Sendungsvolumen der Österreichischen Post AG im Paketbereich weiter steigen lassen, wobei am Paketmarkt intensiver Wettbewerb herrscht. Mit einem verbesserten Leistungsangebot wird es 2017 möglich sein, auf spezifische Zustellwünsche der Kunden noch individueller einzugehen. Denn die Österreichische Post AG bietet ein breites Spektrum an Brief- und Werbeprodukten mit diversen Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich an. Im Paketbereich deckt sie unterschiedliche Geschwindigkeitserfordernisse inklusive Same-Day ab, wobei die Services zusätzlich laufend verbessert werden, um den Paketempfang und -versand für den Kunden noch einfacher und komfortabler zu gestalten. Mit der Einführung eines völlig neuen Produkts, dem „Päckchen“, geht die Österreichische Post AG speziell auf die Kundenbedürfnisse des stark wachsenden E-Commerce-Marktes ein und schafft eine schlanke und schnelle Lösung für kleine Verpackungsgrößen im Onlinehandel.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Mengentrends strebt die Österreichische Post AG durch die konsequente Umsetzung der eingeschlagenen Maßnahmen im Bereich Kundenorientierung und Innovation eine stabile Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 an. Um das Unternehmen weiterhin langfristig erfolgreich zu positionieren, liegt der Schwerpunkt auf der Stärkung der Qualitätsführerschaft in den Kernmärkten, wobei gleichzeitig Chancen in wachsenden Märkten – wie Online-Lösungen – ergriffen werden. Wichtige Themen sind dabei auch die Weiterentwicklung der Infrastruktur im Bereich Logistik und Geschäftsstellen. Dabei gilt es die den Kundenbedürfnissen entsprechenden Post- und Finanzdienstleistungen der Zukunft zu definieren, um so ein nachhaltig zukunftsfähiges Filialnetz zu gestalten.

Auch hinsichtlich Effizienz und Kostenstruktur wird die Österreichische Post AG den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Investitionen sind vorgesehen, um sowohl den operativen Betrieb noch effizienter zu gestalten als auch die Prozess- und Personalkosten zu optimieren. Gleichzeitig werden Serviceverbesserungen und Kapazitätserweiterungen in den wachsenden Geschäftsbereichen vorangetrieben. Darüber hinaus verläuft der Bau der neuen Unternehmenszentrale im 3. Wiener Gemeindebezirk gemäß Zeitplan und wird im Herbst 2017 fertiggestellt.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird der Vorstand der Österreichischen Post AG der Hauptversammlung am 20. April 2017 die Ausschüttung einer Dividende von 2,00 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen auf der Grundlage seiner soliden Bilanzstruktur und der erwirtschafteten Cashflows seine attraktive und berechenbare Dividendenpolitik weiter fort: Die Österreichische Post AG verfolgt weiterhin das Ziel, zumindest 75% des Nettoergebnisses an die Aktionäre auszuschütten.

Wien, am 24. Februar 2017

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl e.h.
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin e.h.
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger e.h.
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum e.h.
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik

BESTÄTIGUNGS- VERMERK

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**Österreichische Post Aktiengesellschaft,
Wien,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der Rückstellung für Unterauslastung

Siehe Anhang Kapitel 2.5 Rückstellungen und Kapitel 3.7 Rückstellungen

Das Risiko für den Abschluss

Die zum Bilanzstichtag bilanzierte Rückstellung für Unterauslastung beläuft sich auf 167.588 TEUR. Die Bewertung dieser Rückstellung erfordert wesentliche zukunftsbezogene Schätzungen und Annahmen über künftige Gehaltssteigerungen, Fluktuationsabschläge, den Unterauslastungsgrad der jeweiligen Mitarbeiter und die zur Abzinsung verwendeten Rechnungszinssätze. Änderungen der genannten Parameter haben wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellung und den Jahresüberschuss.

Für den Abschluss besteht das Risiko, dass diese Rückstellung zu hoch oder zu gering bewertet und der Jahresüberschuss damit nicht zutreffend ermittelt ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Berechnung der Gehaltssteigerungen und der Fluktuationsabschläge auf Basis der unternehmensspezifischen Erfahrungswerte aus der Vergangenheit auf ihre Angemessenheit überprüft.

Für eine statistisch ausgewählte Anzahl von Mitarbeitern haben wir geprüft, ob der für die Bewertung herangezogene Unterauslastungsgrad den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Die bei der Bestimmung der Rechnungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Informationen auf ihre Angemessenheit überprüft.

Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen

Siehe Anhang Kapitel 2.2 Anlagevermögen und Kapitel 3.1 Anlagevermögen

Das Risiko für den Abschluss

Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen der Österreichische Post AG beträgt zum Bilanzstichtag 384.649 TEUR. Zu jedem Bilanzstichtag werden die Anteile an verbundenen Unternehmen einer Unternehmensbewertung unterzogen.

Das Ergebnis dieser Unternehmensbewertungen ist in hohem Maße von der Einschätzung der künftigen Zahlungsmittelüberschüsse (unter Berücksichtigung von erwarteten Umsatzentwicklungen und Ergebnismargen) sowie Annahmen zur Festlegung der verwendeten Diskontierungszinssätze abhängig und daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet.

Für den Abschluss besteht das Risiko einer Überbewertung dieses Bilanzpostens und folglich der Jahresüberschuss nicht zutreffend ermittelt ist.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei aktuellen Unternehmensbewertungen haben wir die Angemessenheit der angewendeten Bewertungsmethoden unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten beurteilt.

Die den Berechnungen zugrunde gelegten erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse haben wir mit der aktuellen und von den zuständigen Organen genehmigten Unternehmensplanung abgeglichen. Die Planungstreue haben wir durch Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlich eingetretenen Werten und durch Befragung zuständiger leitender Personen im Unternehmen beurteilt.

Die zur Festlegung der Diskontierungszinssätze herangezogenen Annahmen haben wir durch Abgleich mit markt- und branchenspezifischen Richtwerten auf Angemessenheit geprüft. Darüber hinaus haben wir das zur Ermittlung der Diskontierungssätze verwendete Berechnungsschema nachvollzogen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte austauschen, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde und ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Helmut Kerschbaumer.

Wien, am 24. Februar 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Helmut Kerschbaumer e.h.
Wirtschaftsprüfer

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 82 ABS. 4 Z 3 BÖRSEG

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z 3 BörseG

Als gesetzlicher Vertreter der Österreichischen Post AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzern entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, am 24. Februar 2017

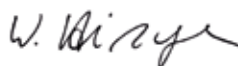
Der Vorstand



Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen



Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen



Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik